

Beschluss (vorläufig) Kapitel 4: Zukunft schaffen – Innovationen und Chancen

Gremium: LDK
Beschlussdatum: 20.03.2021
Tagesordnungspunkt: K-4 Kapitel 4

1 4. Zukunft schaffen - Innovationen und Chancen

2 Wir stellen die Zukunft der Berliner*innen in den Mittelpunkt. Für uns beginnt das bei den
3 Kleinsten, in der Kita, gilt für Schulkinder und Jugendliche in Ausbildung, bis zu
4 Studierenden, Wissenschaftler*innen und in der Wirtschaft. Wir sind der festen Überzeugung:
5 Berlin muss Stadt des Wissens, der Innovation, Nachhaltigkeit und der Zukunft werden.
6 Deswegen haben wir uns 2016 mit großen Schritten in Richtung Zukunft aufgemacht und
7 investiert: in Bildung und Wissenschaft, in Innovation, in Klimaschutz und in mehr
8 Solidarität.

9 Mit Innovation und Nachhaltigkeit aus der Krise

10 Die Corona-Pandemie ist für viele ein herber Schlag, auch für die Berliner Wirtschaft. Von
11 heute auf morgen brachen allen voran der Tourismuswirtschaft, den Restaurants, der Kultur-
12 und Veranstaltungsbranche die Besucher*innen und Gäste und damit die Einnahmen weg. Uns war
13 es wichtig, den Tausenden Menschen, Solo-Selbstständigen und kleinen und mittleren
14 Unternehmen schnell und unbürokratisch Unterstützung zukommen zu lassen. Auf dem Weg aus der
15 Krise zahlt sich nun aus, dass wir schon vor Corona in die Zukunftsbranchen
16 Digitalwirtschaft, Gesundheit und neue Mobilität investiert haben – genau das werden wir
17 fortsetzen. Berlin ist Start-up-Hauptstadt mit einer starken Digitalwirtschaft, wir machen
18 Berlin zum Zentrum der Innovation und Nachhaltigkeit für ganz Deutschland. Unsere
19 Landesunternehmen sollen Vorreiter und Leuchttürme des nachhaltigen Wirtschaftens werden –
20 mit verbindlichen jährlichen Zielmarken.

21 Neue Chancen und Perspektiven in guter Arbeit

22 Eine gute Zukunft gibt es nur, wenn es für alle gut wird. Darum orientieren wir uns an
23 Gemeinwohl und Nachhaltigkeit. Gut ist, was gute Arbeit schafft. Während der gesetzliche
24 Mindestlohn unter 10 Euro liegt, haben wir den Berliner Landesmindestlohn auf 12,50 Euro
25 angehoben, bei Ausschreibungen gilt Tariftreue. Wir finden, von Arbeit muss man leben
26 können. Outsourcing haben wir zurückgedrängt und auch für kreative Honoraruntergrenzen
27 eingezogen. Diese Arbeit wollen wir fortsetzen. Menschen, die lange arbeitslos waren, wollen
28 wir eine neue Perspektive geben und dazu unser „Berliner Perspektiven Programm für
29 Langzeitarbeitslose“ auf den Weg bringen: neue Möglichkeiten, öffentlich gefördert und
30 verbunden mit Ausbildung und Qualifizierung.

31 Zukunft schaffen beginnt bei den Kleinsten

32 Die gute Entwicklung von Kindern hat bei uns höchste Priorität. Vor allem heißt das: mehr
33 Kitaplätze, mehr gutes Personal und mehr Qualität in der frühkindlichen Bildung. Fachkräfte
34 sollen sich individueller um die Entwicklung jedes einzelnen Kindes kümmern können. Das ist
35 unser Ziel und dazu werden wir den Beruf Erzieher*in attraktiver machen und Schule als Team
36 aus Lehrkräften, Erzieher*innen, IT-Support, Management sowie Verwaltung und vielem mehr
37 aufstellen. Den Schulalltag wollen wir stärker an den Bedürfnissen von Kindern orientieren.
38 Wir wollen eine Kultur des Lernens, die sich nicht an Defiziten orientiert, sondern
39 Fähigkeiten in den Mittelpunkt stellt. Damit Schule funktionieren kann, muss das Umfeld
40 stimmen – genug Platz in den Gebäuden und Räumen, ausreichend Personal, saubere Schulen und

41 gutes Bioessen aus der Kantine. Und wir wollen, dass Kinder mit ganz unterschiedlichen
42 Hintergründen so lange wie möglich zusammen in einer Schule lernen. Nur so schaffen wir ein
43 durchlässiges Schulsystem, das allen Kindern, unabhängig vom Elternhaus, immer wieder neue
44 Chancen bietet.

45
46 Lebenslanges und lebensbegleitendes Lernen

47
48 Das Lernen hört in der Schule nicht auf, sondern setzt sich lebenslang fort. Dafür leisten
49 unter anderem die Volkshochschulen in Berlin einen unverzichtbaren Beitrag. Sie stehen dabei
50 laufend vor der Herausforderung, die soziale Teilhabe zu gewährleisten, niedrigschwellige
51 Bildungsangebote zur Verfügung zu stellen und dem Wandel durch die Digitalisierung gerecht
52 zu werden. Wir haben diesen Weg zuletzt auch finanziell gefördert und weiter dafür arbeiten
53 die Volkshochschulen als zentralen Pfeiler in der Erwachsenenbildung weiter zu stärken.

54 Wissen schafft Zukunft

55 „Listen to the Science“ – hört auf die Wissenschaft – ist einer der wichtigsten Sätze der
56 Klimabewegung geworden. Für uns ist er ein Grundsatz unserer aufgeklärten Demokratie und
57 Gesellschaft und unserer Politik. Wir wollen in Zeiten von „Fake News“ den Dialog zwischen
58 Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft ausbauen und stehen fest an der Seite unabhängiger
59 Wissenschaftler*innen. Dafür braucht es an Berlins Hochschulen eine gute Finanzierung und
60 gute Arbeitsbedingungen. Diesen Anspruch haben wir schon 2016 in die Arbeit der Koalition
61 aufgenommen und von 2018 bis 2022 die Landesmittel jährlich um 3,5 Prozent erhöht. Unser
62 Ziel ist, dass mit zusätzlichem Geld vordringlich befristete und prekäre Beschäftigungen in
63 gute Arbeitsverhältnisse umgewandelt werden. Indem wir die demokratische Selbstverwaltung in
64 den Hochschulen stärken, den Zugang zu unseren Hochschulen weiter öffnen, flexibles
65 Studieren ermöglichen und Nachhaltigkeit noch stärker in unserer Wissenschaftslandschaft
66 verankern, schaffen wir Wissen für die Zukunft. Dass davon auch die Berliner Wirtschaft
67 profitiert, zeigen die elf Zukunftsorte Berlins – vom Wissenschafts- und Technologiepark
68 Adlershof über die geplante neue Urban Tech Republic am TXL bis zum CleanTech Business Park
69 in Marzahn – hier vereinen wir Wirtschaft und Wissenschaft bereits erfolgreich.

70 Glasfaser und WLAN für die ganze Stadt

71 Die Digitalwirtschaft ist ein zentraler Motor der wirtschaftlichen Entwicklung in Berlin.
72 Gleichzeitig nutzen Schulen Internetanschlüsse, die wir von zuhause kennen. Wir wissen um
73 diese Lücke und erarbeiten eine Digitalisierungsstrategie. Dafür braucht es zentrale
74 Zuständigkeiten, Glasfaser für alle in Berlin.

75 Wir sehen diese Entwicklung als große Chance für mehr Klimaschutz und Teilhabe. Darum wollen
76 wir bis 2025 WLAN für alle in der ganzen Stadt ermöglichen – in Berlins Rathäusern und
77 Schulen, auf Bahnhöfen, in Bussen und Bahnen, in Bibliotheken und Museen, auf öffentlichen
78 Plätzen und in Parks. Bei der Umsetzung wollen wir noch stärker Initiativen wie Freifunk
79 einbinden. Ein Rechtsanspruch auf einen schnellen Internetanschluss bis 2025 soll zudem
80 gesellschaftliche Teilhabe sichern.

81 Wir haben ein Berlin vor Augen, das mutig den Weg in die Zukunft weitergeht – eine Zukunft,
82 in der die Welt auf die Hauptstadt der Innovationen schaut und in der Menschen in jeder
83 Phase ihres Lebens wissen: Die nächste Chance wartet bereits auf mich.

84 4.1 Wirtschaften für die Zukunft

85 Berlin steht wie keine zweite Stadt in Deutschland für Innovation und Freiheit. Die Berliner
86 Wirtschaft ist im Um- und Aufbruch und bereit für die Zukunft. Der Erfindergeist ist zurück
87 in der Stadt: Als unumstrittene Start-up-Hauptstadt erlebt Berlin eine neue Gründerzeit. An
88 der Spree werden die Trends der Digitalisierung ersonnen und von uns gefördert. Auf dieser
89 Grundlage ist eine starke Digitalwirtschaft in der Stadt gewachsen, nahezu alle Dax- und
90 zahlreiche internationale Konzerne haben ihre Digitaltöchter in Berlinangesiedelt.

91 Bis zum Frühjahr 2020 stand Berlin an der Spitze der wirtschaftlichen Entwicklung in
92 Deutschland. Nirgends stiegen Löhne und sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen so
93 stark wie hier in Berlin. In den letzten Jahren sind rund 150.000 neue
94 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstanden. Gute Arbeit mit guten Löhnen – und
95 besonders erfreulich: all dies mit sinkenden CO₂-Emissionen.

96 Die Corona-Pandemie ist ein Einschnitt für die Berliner Wirtschaft. Selbstständige,
97 Gastronomie, Tourismuswirtschaft, Veranstaltungsbranche und viele Künstler*innen haben
98 erlebt, wie Einnahmen von einem auf den anderen Tag wegbrachen. Es war richtig und uns sehr
99 wichtig, in dieser Situation für Tausende Menschen schnell und unbürokratisch Hilfe zu
100 leisten. Nach dieser ersten Hilfe arbeiten wir nun daran, neue Impulse für die Konjunktur zu
101 setzen und Unternehmen krisenfest zu machen.

102 Und es gibt allen Grund anzunehmen, dass die Stadt nach der Pandemie an die Erfolge der
103 letzten fünf Jahr anknüpfen kann, wenn wir die richtigen Schlüsse ziehen: Krisenresilienz
104 stärken, Digitalisierung voranbringen und die Dekarbonisierung der Industrie zur Bekämpfung
105 der Klimakrise vorantreiben. Die Berliner Wirtschaft wird für den Rest des Landes und der
106 Welt Lösungen genau dafür anbieten können. Denn wir haben mit unserer Clusterstrategie und
107 dem Fokus auf Mobilität, Energietechnik, Gesundheits- und Digitalwirtschaft in den letzten
108 Jahren die Weichen für die Zukunft gestellt. Mit der Digitalagentur haben wir eine Akteurin
109 geschaffen, die nun tatkräftig die Unternehmen beim digitalisierten Neustart unterstützt.
110 Die bundesweit einmalige Berliner Mischung aus engagierter Zivilgesellschaft, Wissenschaft,
111 Forschung und Wirtschaft - nicht nur in den elf Zukunftsorten, sondern an vielen Stellen in
112 der Stadt - macht Berlin innovationsstark. Nirgends in Deutschland ist die Dichte von
113 Forschungs- und Entwicklungshubs höher als hier. All dies ist essentiell, um die Krise zu
114 überwinden und Lösungen für eine Zeit nach Corona zu bieten.

115
116 Den Neustart nach der Pandemie wollen wir dafür nutzen, bei Messen und Großveranstaltungen
117 ebenfalls auf Nachhaltigkeit und Innovation zu setzen. Das Land Berlin muss seinen Einfluss
118 bei der Messe Berlin nutzen, um deren Kongresse und Veranstaltungen, wie beispielsweise die
119 ILA oder die ITB, anhand klarer Kriterien auf Nachhaltigkeit und die Achtung der
120 Menschenrechte auszurichten. Hier darf der Profit nicht an erster Stelle stehen.

121 Wir bringen neue Industrie, Digitalisierung, Dekarbonisierung und emissionsfreie Produktion
122 zusammen. Lärm und Gestank sind längst nicht mehr notwendig für die Industrie von heute.
123 Wohnen, forschen, arbeiten und leben an einem Ort: Das ist für uns die Berliner Mischung.
124 Wir vernetzen Industrie, Forschung und Digitalwirtschaft in konkreten Verbundprojekten. Wir
125 verbinden Stadtentwicklung und industrielle Leuchtturmprojekte, um Berlin zur
126 Referenzplattform für Zukunftstechnologien auszubauen. Die Entscheidung von Siemens, hohe
127 dreistellige Millionenbeträge in die Siemensstadt zu investieren, ist Ausweis dafür. Die
128 Siemensstadt 2.0. zeigt, wie das Schlagwort der „urbanen Industrie“ mit Leben gefüllt werden
129 kann. Und mit der Urban Tech Republic und dem Schumacher Quartier am ehemaligen Flughafen
130 Tegel entsteht in den nächsten Jahren ein weiterer Zukunftsort im Norden unserer Stadt, der
131 Technologie, Forschung, Gewerbe, Industrie, Wohnen und Naherholung verbindet.

132 Berlin für Fachkräfte attraktiv halten

133 Standortentscheidungen werden längst auch nach der Verfügbarkeit von Fachkräften getroffen.
134 Und Fachkräfte kommen in Regionen und Städte, die aus beruflicher wie privater Perspektive
135 gleichermaßen attraktiv sind. Bezahlbare Mieten, eine hohe Lebensqualität, gute Bildung und
136 erleichterter Familiennachzug sind dafür die Voraussetzungen. Diese vermeintlichen
137 Wohlfühlthemen sind mittlerweile harte Standortfaktoren für unsere Stadt zur Bindung von
138 Fachkräften.

139 Berlin ist und bleibt eine internationale Stadt. Erst der internationale Zuzug von Talenten
140 macht Berlin wirtschaftlich erfolgreich. Mit dem Business Immigration Center unterstützen
141 wir Unternehmen aktiv, Arbeitskräfte zu gewinnen. Aber auch Nicht-Fachkräfte bereichern
142 unsere Stadt - Menschen bringen mehr mit als ihre reine Arbeitskraft. Deshalb setzen wir
143 uns auf Bundesebene für ein Einwanderungsgesetz ein, das neue Zugangswege für Bildungs- und
144 Arbeitsmigration auch im gering- und unqualifizierten Bereich schafft. Zugleich gilt es die
145 Anstrengungen zur Aus- und Weiterbildung zu verstärken und die Durchlässigkeit zwischen
146 akademischer und beruflicher Bildung zu stärken und die Gleichwertigkeit der Bildungswege
147 fördern. Wir wollen in den Ausbau der Verbundausbildung investieren und die Kooperation
148 zwischen Hochschulen und Weiterbildungszentren intensivieren.

149 Zentrale Voraussetzung für einen international attraktiven Standort für Studierenden und
150 Akademiker*innen sind diskriminierungssensible Hochschulen. Deswegen setzen wir uns dafür
151 ein, dass im Hochschulgesetz unabhängige Beauftragte für Diversität verankert werden. Die
152 Hochschulen Berlins sollen dabei in der Besetzung der Stellen sich abstimmen, um in den
153 Beauftragten möglichst vielfältige Diskriminierungsmerkmale persönlich vertreten und so
154 Betroffene besser ansprechen zu können.

155 Verfügbare Gewerbeflächen und bezahlbare Gewerbemieten

156 Eine der größten Hürden für Berlins kleine und mittelständische Unternehmen (KMUs) sind die
157 rasant steigenden Gewerbemieten und die zunehmende Flächenkonkurrenz. Um dieser Entwicklung
158 Einhalt zu gebieten, haben wir den Ausverkauf von Berliner Flächen grundsätzlich beendet und
159 Gewerbeimmobilien sukzessive angekauft und weiterentwickelt. Diesen Weg des Flächenankaufs
160 wollen wir ausbauen und dafür eintreten, dass Gewerbeflächen nicht in Wohnflächen
161 umgewandelt werden. Im Bundesrat setzen wir uns für eine Gewerbemietpreisbremse ein und
162 werden prüfen, inwieweit auch bei Gewerbemieten von Landesebene aus diese Mieten gedeckelt
163 werden können. Um die lokale Tischlerin oder den lokalen Schuster zu unterstützen, werden
164 landeseigene Gewerbehöfe entwickelt. Der neue Weg ist eingeschlagen, wir werden ihn
165 weitergehen und Druck machen.

166 Die Berliner Wirtschaft wird zum Leuchtturm der Nachhaltigkeit

167 Für uns Grüne sind gute Arbeit, gesellschaftlicher Mehrwert, Innovation und der Schutz der
168 natürlichen Lebensgrundlagen zentrale Leitplanken unserer Wirtschaftspolitik. Wir haben die
169 Berliner Wirtschaft in den vergangenen Jahren auch sozialer und ökologischer gemacht und die
170 Förderinstrumente der Wirtschaftspolitik auf Klimaschutz ausgerichtet. Gleichzeitig ist der
171 Energieverbrauch im verarbeitenden Gewerbe in den vergangenen Jahren stetig gesunken.
172 Nirgendwo sonst in Deutschland gibt es so viele Start-ups, die für Klimaschutz und die
173 Energiewende Lösungen entwickeln.
174 Auch Berlins Industrie ist im Umbruch, auf dem Weg hin in ein Kohle- und Öl-freies
175 Zeitalter. Das unterstützen wir: eine grüne Industrie ist in Berlin herzlich willkommen. Die
176 Perspektive von Beschäftigten, Betriebsrät*innen und Gewerkschaften einzubeziehen und ihre
177 Rolle zu stärken, ist für uns ein zentrales Element beim Aufbau einer gemeinwohlorientierten
178 Wirtschaftsordnung.

179 Mit dem Ziel „Berlin als Leuchtturm der Nachhaltigkeit“ wollen wir noch mehr Anreize setzen.
180 Mit einem umfassenden Beratungsangebot für Investor*innen wollen wir sicherstellen, dass
181 mehr Geld in Nachhaltigkeit angelegt und investiert wird. Gemeinsam mit Expert*innen aus
182 öko-sozialen Unternehmen, Fachexpertise und privaten Investor*innen wollen wir Kriterien
183 entwickeln, die sozial-nachhaltige Investments erleichtern.

184 Wachstum ist für uns kein Selbstzweck. Weil wir der Überzeugung sind, dass es sich innerhalb
185 der planetaren Grenzen bewegen muss, setzen wir auf alternative Wirtschaftsmodelle, die
186 Nachhaltigkeit und Gemeinwohl in den Mittelpunkt stellen. Dabei orientieren wir uns wie
187 beispielsweise Amsterdam an der Idee einer Donut-Ökonomie, die Ökologie und Soziales
188 vereint.

189 Wir haben zudem sichergestellt, dass soziale und gemeinwohlorientierte Unternehmen sowie die
190 solidarische Ökonomie Zugang zu den Förderprogrammen des Landes haben. Demokratisierte
191 Betriebe, in denen gleichberechtigt Arbeit und Lohn verteilt werden, wollen wir zukünftig
192 stärken und Fördermaßnahmen prüfen. Wir unterstützen sie mit festen Partner*innen in der
193 Wirtschaftsverwaltung und erarbeiten aktuell in Zusammenarbeit Strategien für ihre optimale
194 Förderung – von einem sozialen Innovationszentrum über Beratung bis hin zum Austausch. Damit
195 haben wir begonnen, diesen Wirtschaftszweig endlich aus der Nische zu holen! Diese Arbeit
196 wollen wir fortsetzen. Wir verstetigen die neu eingerichtete Informations-, Beratungs- und
197 Vernetzungsstelle, einschließlich einer speziellen Gründungsberatung und verbessern den
198 Zugang zu öffentlichen Aufträgen (Vergabe). Damit setzen wir ein Zeichen für nachhaltiges
199 und gemeinwohlorientiertes Wirtschaften.

200 Klimaneutrale Landesunternehmen im Dienst der Berliner*innen

201 Die landeseigenen Unternehmen sichern für die Berliner*innen ganz wesentliche Bereiche der
202 Grundversorgung: beim Wasser, bei der Stadtreinigung oder beim öffentlichen Nahverkehr. Wir
203 wollen bezahlbare, stabile Preise für die Berliner*innen sichern und die
204 Investitionsfähigkeit der Unternehmen erhöhen, zugleich sind diese Unternehmen Vorbilder für
205 gute Arbeit und Equal Pay in Berlin. Die Landesunternehmen sollen als Vorbilder des
206 ressourcenschonenden und klimafreundlichen Wirtschaftens voranschreiten. Dabei ist für uns
207 auch die Investitionsbank Berlin (IBB) eine wichtige Akteurin. Um das 1,5-Grad-Limit
208 einzuhalten, müssen unsere landeseigenen Unternehmen so schnell wie möglich klimaneutral
209 werden und einen Fahrplan dafür bis 2022 vorlegen. Wichtig sind uns verbindliche Ziele zu
210 Kreislaufwirtschaft und ökologischen Baustoffen, zur nachhaltigen IT und zur Umsetzung von
211 Klimaneutralität.

212 Die Nachhaltigkeitsberichterstattung der landeseigenen Unternehmen wollen wir
213 weiterentwickeln und lassen uns dabei vom UN Global Compact und der Gemeinwohl-Bilanz
214 inspirieren. Auch die Finanzanlagen des Landes und der landeseigenen Unternehmen sollen noch
215 stärker an Nachhaltigkeit ausgerichtet werden.

216 Chancen stärken – Vielfalt als Kompetenz und Standortvorteil

217 Nicht alle Berliner*innen haben die gleichen Chancen – das gilt leider auch in der
218 Wirtschaft. Weil Berlin nur dann wirtschaftlich stark ist, wenn alle hier ihre Ideen, ihren
219 unternehmerischen Mut und ihre Fähigkeiten einbringen können, haben wir Austausch und
220 Seminare für Gründer*innen of Color an der IBB eingeführt und verleihen seit 2019 den Preis
221 „Vielfalt unternimmt – Berlin würdigt migrantische Unternehmen“. Diese Unterstützung und
222 Sichtbarmachung wollen wir fortsetzen und mit anonymisierten Bewerbungen auf Förderprogramme
223 verstärken sowie Netzwerke zur Förderung von Menschen mit Migrationsgeschichte verstetigen
224 und weiterhin unterstützen. Darüber hinaus wollen wir die Ausschreibungspraxis sowohl im
225 öffentlichen Dienst als auch in der privaten Wirtschaft dahingehend verändern, dass sie den

226 Erfahrungen, die Menschen in einer Migrationsgesellschaft machen, entsprechen und zum
227 Beispiel Qualifikationen wie Mehrsprachigkeit die Vielfalt der Berliner Stadtgesellschaft
228 widerspiegeln.

229 Mit der Gründung der Unternehmerinnen-Akademie fördern wir Weiterbildung und Vernetzung von
230 Frauen. Gremien und Auswahlkommissionen für Gründungsförderungen wollen wir divers besetzen.
231 Stolz sind wir auf den bundesweit höchsten Anteil von Frauen in Aufsichtsräten und
232 Vorständen in landeseigenen Unternehmen: satte 51,5 Prozent. Damit dies so bleibt, wollen
233 wir die Weiterbildung von Frauen mit dem konkreten Ziel, eine Aufsichtsratsposition
234 einzunehmen, zur Hälfte bezuschussen. In der Privatwirtschaft sowie im öffentlichen Dienst
235 sind Frauen in Führungspositionen immer noch unterrepräsentiert. Dabei ist längst
236 nachgewiesen, dass Betriebe, in denen Frauen an der Unternehmensführung beteiligt sind,
237 nachhaltiger und innovativer sind. Wir stehen weiterhin zur Frauenquote und setzen uns auf
238 Bundesebene dafür ein, dass der Anteil von Frauen in Führungsfunktionen und Aufsichtsräten
239 auf mindestens 50 Prozent gesteigert wird. Außerdem wollen wir Frauen die Gründung von
240 Unternehmen erleichtern und Gründerinneninitiativen stärken. Deshalb setzen wir uns für
241 Stipendien und Fonds für weibliche Gründerinnen ein. An Hochschulen und
242 Forschungseinrichtungen wollen wir Mentorinnen-Programme fördern und in den Gründungszentren
243 die Gender- und Diversitykompetenz ausbauen. Landeseigene Betriebe sollen künftig eine noch
244 größere Vorbildfunktion für eine Unternehmenskultur einnehmen, die unserer diversen
245 Stadtgesellschaft entspricht. Gemeinsam mit ihnen werden wir daher verbindliche Standards
246 bezüglich einer diversitätsorientierten Organisations- und Personalentwicklung und eines
247 diskriminierungskritischen Beschwerdemanagements für Mitarbeiter*innen und Kund*innen
248 festlegen.

249 **4.2 Gute Arbeit für ein gutes Leben – wir ebnen neue** 250 **Wege**

251 Arbeit ist mehr als Broterwerb. Tätig zu sein bedeutet Sinn im Leben, Menschen wollen sich
252 einbringen. Das gilt im Job, für zivilgesellschaftliche Arbeit, für Erziehungs- und
253 Familienarbeit oder Arbeit in der Nachbarschaft, um den Kiez zu verschönern. Wir wollen all
254 das gleichermaßen ermöglichen. Voraussetzung ist, dass Jobs Zukunftsperspektiven bieten und
255 gute Arbeitsbedingungen Sicherheit geben und Freiräume schaffen. Wenn Menschen unter
256 prekären Verhältnissen arbeiten, wenn das Einkommen nicht für die Miete reicht, ist
257 gesellschaftliche Teilhabe in weiter Ferne. Berlin war in den letzten Jahrzehnten immer auch
258 Hauptstadt der prekären Beschäftigung. In den vergangenen Jahren sind wir die Missstände
259 angegangen.

260 Geschlechter- und Lohngerechtigkeit ist zentrales Anliegen unserer Politik. Wir kämpfen für
261 die gleiche Bezahlung von Frauen und Männern und unterstützen tarifliche Verbesserungen bei
262 sogenannten typischen Frauenberufen. Es braucht mehr Anstrengungen, um die strukturelle
263 Diskriminierung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt zu verringern. Wir wollen die
264 Frauenerwerbsquote erhöhen, indem wir unter anderem die Kinderbetreuung ausbauen und
265 Arbeitgeber*innen anhalten, Männern die Vereinbarkeit von Beruf- und Familien zu
266 erleichtern. Wir werden eine frauenpolitische Strategie für den Berliner Arbeitsmarkt
267 erarbeiten, die insbesondere die Situation von Alleinerziehenden berücksichtigt.

268 **Gute Arbeit im öffentlichen Auftrag**

269 Gute Bezahlung ist die Basis. Mit dem Landesmindestlohn und dem Vergabemindestlohn haben wir
270 große Schritte nach vorne gemacht. Während der allgemeine Mindestlohn unter der 10-Euro-
271 Schallmauer festhängt, sind in Berlin 12,50 Euro in Landesunternehmen und bei öffentlichen
272 Ausschreibungen die verlässliche Untergrenze – und mehr noch, Voraussetzung für einen

273 Auftrag ist nun Tariftreue. Wir arbeiten konsequent gegen Outsourcing und werden die
274 Landesmittel für die Hochschulen mit dem Thema „gute Arbeit in der Wissenschaft“ verknüpfen
275 und die Mittel dafür weiter anheben. In Musik- und Volkshochschulen haben wir die Honorare
276 spürbar erhöht. Zudem haben wir in Musikschulen einen Teil der Honorarlehrkräfte fest
277 angestellt. An den Volkshochschulen haben wir uns für eine bessere soziale Absicherung der
278 freiberuflichen Dozent*innen eingesetzt und werden dies auch weiterhin tun.
279 Tarifsteigerungen in Kultureinrichtungen haben wir als strukturellen Mehrbedarf anerkannt
280 und finanziell ausgeglichen. Bei Mindesthonoraren im Kulturbereich ist Berlin bundesweit
281 Vorreiterin. Bei der Polizei und der Feuerwehr haben wir neue Stellen geschaffen und viele
282 Kolleg*innen in der Besoldung hochgestuft. Und mit dem Ende der Legislaturperiode werden
283 Beamt*innen endlich den Durchschnitt der Besoldung anderer Bundesländer erreichen. Als es
284 darum ging, die Erzieher*innen besser zu bezahlen, haben wir Bündnisgrüne dafür gesorgt,
285 dass die Erhöhung über den gemeinsamen Tarifvertrag der Bundesländer erfolgte statt über
286 eine monatliche Zulage. Die Erhöhung der Stufen im Tarifvertrag ist doppelt sozial, denn
287 anders als die Zulage sind sie auch rentenwirksam und beugen somit Altersarmut vor.

288 Dabei nutzen wir alle Einflussmöglichkeiten und prüfen jeweils das beste Mittel – wir wollen
289 weitere Festanstellungen, höhere Mindesthonorare in der Kultur, eine strenge Durchsetzung
290 von Landesmindestlohn und Tariftreue in der Vergabe. Darüber hinaus wollen wir Tarifbindung
291 und Tariftreue auch bei Zuwendungs- und entgeltfinanzierten Leistungen, beispielsweise in
292 der Jugendhilfe und der Eingliederungshilfe, befördern.

293 Neue Wege in Arbeit ebnen

294 Menschen neue Wege in die Arbeit und die Zukunft ebnen ist zentraler Anspruch grüner
295 Arbeitsmarktpolitik. Besonders schwierig ist die Lage für Menschen, die nicht jeden Job
296 bedingungslos annehmen können, wie Alleinerziehende, strukturell durch Alter oder Rassismus
297 Benachteiligte oder Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen. Auf diese wollen wir uns
298 besonders fokussieren.

299 Das Teilhabechancengesetz der Bundesregierung bietet Möglichkeiten, Menschen, die lange
300 keiner Erwerbsarbeit nachgegangen sind, den Wiedereinstieg zu ermöglichen – im öffentlich
301 geförderten Arbeitsmarkt, aber auch in Unternehmen, die zu ihrer sozialen Verantwortung
302 stehen. Wir wollen die neuen Bundesmittel nutzen und sie mit einem „Berliner Chancen-
303 Programm“ ergänzen. Derzeit werden 1.000 Stellen über ein Landesförderprogramm unterstützt,
304 leider nur im Rahmen zusätzlicher Tätigkeiten und ohne sinnvolle Verknüpfung zum
305 Teilhabechancengesetz und zu EU-Mitteln. Wir wollen das Engagement auf Landesebene
306 ausweiten, dabei aber die Mittel aus Europa, Bund und Land sinnvoll verschränken, statt
307 Doppelstrukturen aufzubauen. Ziel ist, einen substantiellen öffentlich geförderten
308 Beschäftigungssektor aufzubauen, aber auch dafür Sorge zu tragen, dass Unternehmen des
309 ersten Arbeitsmarkts zu ihrer sozialen Verantwortung stehen.

310
311 Blick in die Zukunft: Ein Pilotprojekt für ein bedingungsloses Grundeinkommen
312
313 Langfristig müssen wir der gerade in Berlin gut spürbaren Diversifikation der Arbeitswelt
314 Rechnung tragen und nach neuen Wegen suchen, die Menschen in den unterschiedlichsten
315 Lebenssituation bei Bedarf sicheren Halt und Unterstützung geben zu können. Aus den
316 Erfahrungen mit den Corona-Soforthilfen, dem Teilhabechancengesetz sowie dem Modellversuch
317 eines "solidarischen" Grundeinkommens wollen wir deswegen in Zusammenarbeit mit Berliner
318 Forschungseinrichtungen ein Pilotprojekt für ein bedingungsloses Grundeinkommen in Berlin
319 entwickeln.

320
321 Die derzeitige Debatte um das bedingungslose Grundeinkommen ist häufig geprägt von

322 persönlichen Meinungen oder Vermutungen und beruht selten auf fundiertem Wissen, da es
323 bisher keine verallgemeinerbaren wissenschaftlichen Untersuchungen in Deutschland dazu
324 gegeben hat. Studien in anderen Ländern wie Finnland liefern zwar erste Erkenntnisse, sind
325 allerdings häufig veraltet oder nur auf bestimmte Zielgruppen fokussiert. Das Pilotprojekt
326 soll das ändern, indem die die möglichen Auswirkungen eines Grundeinkommens u.a. auf Chancen
327 bei der Arbeitssuche, auf unternehmerische Aktivitäten, auf zivilgesellschaftliches
328 Engagement, auf körperliche und seelische Gesundheit, auf Integration sowie auf
329 gesellschaftliche Teilhabe erforscht werden.

330 Alleinerziehende in der Arbeitswelt stärken

331 Alleinerziehend zu sein, birgt noch immer ein Armutsrisiko. Darum wollen wir in allen
332 Jobcentern ein spezifisches Angebot machen, das individuelle Beratung, Ausbildung in
333 Teilzeit und ein Gutscheinsystem zur selbstbestimmten Vermittlung und eigenständigen
334 Weiterbildung umfasst. Ziel ist, daraus ein berlinweites Programm zu entwickeln,
335 vergleichbar mit dem Projekt „VIA – Vermittlung und Integration von Alleinerziehenden in
336 Arbeit“, das in Bremen erfolgreich ist. Die Einzelheiten des Programms wollen wir gemeinsam
337 entwickeln – mit Interessensvertretungen der Alleinerziehenden, Arbeitgeber*innen und
338 Gewerkschaften, den Jobcentern und Jobpoints sowie den Qualifizierungs- und
339 Beschäftigungsträgern unserer Stadt. Bei Erfolg könnten künftig weitere spezifische Angebote
340 für andere strukturell benachteiligte Gruppen folgen.

341 Ausbeutung bekämpfen

342 Ausbeutung ist Teil der Berliner Arbeitswelt – ein Zustand, den wir nicht akzeptieren.
343 Häufig sind Migrant*innen, aus Osteuropa oder auch von außerhalb der EU, Opfer dieser
344 Machenschaften. Sie schuften auf Baustellen, in Hotels oder werden sexuell ausgebeutet,
345 häufig ohne Mindestlohn, ohne Urlaub, ohne Krankenversicherung oder Anspruch auf
346 Krankengeld. Diesem Treiben wollen wir Einhalt gebieten. Dazu wollen wir bestehende Angebote
347 zur Vermittlung sozialversicherungspflichtiger Arbeit in den Jobcentern und den Jobpoints
348 auch für Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit öffnen, um so zu vermeiden, dass sie in
349 ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen landen. Denn entscheidend ist, ihnen frühzeitig ein
350 sozialversicherungspflichtiges Jobangebot zu machen und sie über ihre Rechte als
351 Arbeitnehmer*innen aufzuklären, um Ausbeutung einzudämmen. Viele zivilgesellschaftliche
352 Organisationen leisten hier wertvolle Arbeit. Häufig sind es migrantische und
353 gewerkschaftlicheSelbst-Organisationen, die Unterstützung geben und Missstände aufdecken.
354 Wir wollen diese Arbeit verstärken, indem wir Beratungsstellen dauerhaft sicher finanzieren
355 und vernetzen, auch mit der Berliner Justiz. Es geht um Perspektiven für die Ausgebeuteten
356 und Sanktionen gegen die, die von Ausbeutung profitieren.

357 **4.3 Kinder, Jugend und Familie: Verantwortung und** 358 **Mitsprache von klein auf**

359 Familien sind so vielfältig wie unsere Gesellschaft. Da sind Alleinerziehende, Großfamilien,
360 Ehepaare mit ihren Kindern, Allein- oder getrennt Erziehende, Patchwork-Familien in all
361 ihrer Vielfalt, Großeltern, die Verantwortung für Enkelkinder übernehmen oder selbst von
362 ihren Kindern gepflegt werden, Regenbogenfamilien, Verantwortungsgemeinschaften oder
363 geflüchtete Familien, die sich ein neues Leben aufbauen. Wer Gemeinschaft sichern und Kinder
364 für die Zukunft stark machen möchte, muss all diese Familien stark machen.

365 Kinderrechte stärken: Wahlalter senken

366 Kinder, ihre Entwicklung und Zukunft stehen für uns im Mittelpunkt. Kinder haben eigene,
367 gesetzlich verbriefte Rechte – doch viel zu häufig werden sie noch nicht ernst genommen.
368 Deshalb wollen wir gemeinsam mit den Bezirken Formate der Kinder- und Jugendbeteiligung
369 erproben – zum Beispiel um bei größeren Bauprojekten oder Klimaschutz- und
370 Anpassungsmaßnahmen Kinder- und Jugendbeteiligung gezielt einzubeziehen. Auf Bundesebene
371 setzen wir uns weiterhin dafür ein, dass Kinderrechte im Grundgesetz festgeschrieben werden.
372 Bei Projekten für Kinder und Jugendliche, wie beispielsweise Projekte der kulturellen oder
373 politischen Bildung, müssen diese auch in Jurys und anderen altersgerechten Auswahl-Formaten
374 mitentscheiden können, was gefördert wird.

375 Damit Jugendliche ihr Mitspracherecht wirklich umsetzen können, dürfen sie auch von Wahlen
376 nicht ausgeschlossen werden. Grundsätzlich vertreten wir die Auffassung, dass in einer
377 Demokratie alle das Recht auf Mitbestimmung haben. Deshalb muss in einem ersten Schritt das
378 Wahlrecht berlinweit auch für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus auf 14 Jahre abgesenkt werden.
379 Darüber hinaus wollen wir mit der Berliner Stadtgesellschaft diskutieren und prüfen, in
380 welcher Form das Recht auf Mitbestimmung auch für Menschen unter 14 Jahren im Rahmen des
381 Wahlrechts und durch ergänzende Maßnahmen gewährleistet werden kann. Genauso wichtig ist,
382 dass junge Menschen von klein auf lernen, dass ihre Stimme zählt. Im ganzen Bildungszyklus
383 vom Kindergarten bis zur Ausbildung und zum Studium muss dafür politische Bildung
384 altersgerecht Bestandteil sein. Dazu müssen auch Parlament, Verwaltung und Medien mehr
385 Inhalte kinder- und jugendgerecht darstellen.

386 Jugend in Berlin – starke Perspektiven und Selbstverwaltung

387
388 Jugendliche und junge Erwachsene sollen sich frei und selbstbestimmt entwickeln können. Wir
389 verbessern die Voraussetzungen dafür. Verantwortungsvolle, selbstbewusste und mündige
390 Jugendliche sollen über alle Angelegenheiten, die sie betreffen, mitentscheiden und sichere
391 Räume haben, die sie selbst gestalten. Wir wollen in der Stadtentwicklung, mit
392 Streetworker*innen in der offenen Jugendarbeit und mit selbstverwalteten
393 Jugendfreizeiteinrichtungen und –clubs die Möglichkeiten für Jugendliche dauerhaft
394 verbessern, sich selbst zu verwirklichen. Mit dem Jugendförder- und Beteiligungsgesetz haben
395 wir in dieser Legislatur eine hervorragende Grundlage dafür gelegt, insbesondere für eine
396 Finanzierung, die sich an der Zahl der Jugendlichen in unserer Stadt orientiert und zugleich
397 Qualität verbindlich ausbaut und sichert. Wir wollen die Angebote in den Sozialräumen
398 ausweiten und unterstützen die Arbeit der Jugendbildungsstätten, Jugendverbände und der
399 Jugendkulturzentren. Und wir sichern die Vielfalt des internationalen Jugendaustauschs.
400 Außerdem wollen wir die Jugendstädtepartnerschaften über Paris und Moskau hinaus ausweiten
401 und uns zudem stärker mit Ländern vernetzen, zu denen viele junge Berliner*innen eine
402 familiäre Beziehung haben.

403
404 Das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) und das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) bietet jungen
405 Menschen nach ihrer Schulzeit eine gute Gelegenheit, eigenständig ins Leben zu starten und
406 dabei Erfahrungen im Austausch mit anderen Jugendlichen, auch aus aller Welt, zu sammeln.
407 Die Möglichkeit, ein FSJ oder FÖJ zu machen, hängt jedoch noch viel zu sehr davon ab, ob
408 junge Menschen sich dies leisten können. Wir wollen Angebote dieser Art für alle jungen
409 Berliner*innen so gestalten, dass sich jede*r unabhängig vom Einkommen oder Elternhaus zu
410 einem freiwilligen Dienst entscheiden kann.

411
412 Jugendarbeit ist mehr als Prävention.

413
414 Sie eröffnet allen Jugendlichen und jungen Erwachsenen einen Raum zur Erfahrung von
415 Selbstwirksamkeit. Wir setzen auf die unmittelbare Ansprache von Jugendlichen.

416 Streetworker*innen leisten herausragende Arbeit, die wir auch in der aufsuchenden Arbeit
417 unterstützen. Jugendsozialarbeit trägt dazu bei, bestehende Benachteiligungen
418 diversitätssensibel auszugleichen. Jugendmigrationsarbeit sowie geschlechterspezifische und
419 diskriminierungskritische Angebote fördern wir als wichtigen und notwendigen Teil in allen
420 Bereichen, insbesondere in der Schulsozialarbeit und im Jugendwohnen.

421
422 Der Abenteuerspielplatz, der Bauwagen, der Stadtteilbauernhof, der Jugendclub – die
423 Jugendfreizeiteinrichtungen in Berlin sind viele Jahre lang weggespart worden oder
424 verschwinden nach Auslaufen von Projektfinanzierungen wieder. Steigende Mieten und
425 Verdrängung setzen insbesondere den freien Jugendclubs weiter zu. Wir steuern hier um und
426 stärken den Anspruch Jugendlicher auf sichere kulturelle Orte der Begegnung und auch der
427 politischen Bildung und Demokratieerfahrung. Wir wollen Jugendclubs sichern und neu bauen.
428 Neben einem Sanierungsprogramm für Jugendfreizeiteinrichtungen, auch um diese barrierearm zu
429 gestalten, wollen wir daher die Flächensicherung im Zusammenspiel mit den Bildungs- und
430 Sozialeinrichtungen vorantreiben

431 Gleichberechtigung heißt neue Chancen für alle Geschlechter und Familienformen

432 In vielen Familien übernehmen Frauen nach wie vor den größeren Anteil an Sorgearbeit,
433 stecken dafür bei der Karriere zurück, geraten in Abhängigkeit und Altersarmut. Für mehr
434 Gleichberechtigung und neue Freiräume für alle müssen auf Bundesebene strukturelle
435 Änderungen angestoßen werden: Das Ehegattensplitting muss abgeschafft, ein
436 Entgeltgleichheitsgesetz eingeführt und „typisch weibliche“ Berufe müssen finanziell
437 aufgewertet werden.

438 Gleichberechtigung ist auch bei Regenbogenfamilien noch lange nicht erreicht. Als Hauptstadt
439 der Regenbogenfamilien werden wir die Bundesregierung hier treiben und in die Pflicht
440 nehmen, die Vielfalt der Familien rechtlich gleichzustellen und zu unterstützen. Die
441 diskriminierende Stiefkindadoption für lesbische Paare muss endlich abgeschafft werden sowie
442 ein rechtliches Institut der elterlichen Mitverantwortung für bis zu zwei weitere Personen
443 neben den leiblichen Eltern geschaffen werden. In Berlin werden wir Beratungsangebote weiter
444 stärken und das Personal in Gerichten und Jugendämtern schulen, um Diskriminierung
445 abzubauen. Dies gilt insbesondere für Regenbogen-Pflegefamilien, die einen wichtigen Beitrag
446 zur Unterstützung von Kindern in Notlagen leisten.

447 Wenn man junge Eltern fragt, was sie am meisten brauchen, ist die Antwort häufig: Zeit.
448 Bereits mit dem Doppelhaushalt 2020/2021 haben wir einen Schwerpunkt mit dem Ausbau der
449 Online-Dienstleistungen im Berliner Servicekonto gesetzt. Das spart gerade Familien Zeit und
450 Nerven. Mit unserem Familienfördergesetz werden wir in jedem Bezirk ein Familienservicebüro
451 einrichten. Solange das Chaos an Familienleistungen auf Bundesebene nicht geordnet ist,
452 sollen hier alle Leistungen, die Familien zustehen, gebündelt beantragt werden können. Nicht
453 Eltern sollen für Elterngeld, Wohnberechtigungsschein oder Kindergeld immer wieder
454 Unterlagen einreichen müssen. Ein*e Sachbearbeiter*in soll für jede Familie alle notwendigen
455 Unterlagen bereitstellen und verarbeiten können. Auch unterschiedliche Leistungen aus
456 Jugendamt und Sozialamt sollen in den Familienbüros zusammenfließen.

457 Die Berliner Verwaltung als familienfreundliche Arbeitgeberin

458 Damit Beruf und Familie vereinbar sind, muss sich auch unsere Arbeitswelt ändern. Nicht
459 zuletzt die Corona-Pandemie hat uns vor Augen geführt: Kinder zu erziehen geht nicht
460 nebenbei im Homeoffice. Flexibilität ist hilfreich, wir wollen Arbeitgeber*innen ermutigen,
461 flexible Modelle auch nach der Pandemie fortzusetzen, aber gleichzeitig Tariftreue stärken
462 und Gewerkschaften und Arbeitgeber*innen ermutigen, gemeinsam Wege auszuhandeln, die
463 Flexibilität und Arbeitsschutz zusammen denken. Um zu zeigen, wie familienfreundliche

464 Arbeitgeber*innen agieren, wollen wir mit unserer Verwaltung und unseren landeseigenen
465 Betrieben Vorbild sein. Dazu zählen: Möglichkeiten zur Ausbildung in Teilzeit, begrenzte
466 Reduzierung von Arbeitsstunden und ein Recht auf Rückkehr zur Vollzeit. Homeoffice-
467 Möglichkeiten für die Mitarbeiter*innen der Berliner Verwaltung wollen wir ausbauen und auch
468 in Führungspositionen Jobsharing ermöglichen.

469 Zukunft entsteht in Musikschulen, Nachbarschaftsheimen oder Familienzentren

470 Um alle Eltern von Anfang an gut zu unterstützen, müssen Beratungs- und Hilfsangebote
471 bereits während der Schwangerschaft und von Geburt an ansetzen. Schon mit dem letzten
472 Doppelhaushalt haben wir die Ausweitung der Babylots*innen auf allen Geburtsstationen auf
473 den Weg gebracht. Aber auch der Ausbau von Begegnungsorten wie Stadtteilzentren und Kinder-,
474 Jugend- und Familienzentren sind ein wichtiger Baustein zur Stärkung der frühen Hilfen.

475 Es gibt in Berlin eine Vielzahl an großartigen Einrichtungen, die mit Kindern, Jugendlichen
476 und Familien arbeiten: Gartenarbeits-, Musik- und Jugendkunstschulen, genau wie
477 Familienzentren oder Nachbarschaftsheime. Viele der Familienzentren in Berlin beraten
478 bereits jetzt über die „typischen“ Themen rund um Familie und Erziehung hinaus, da der
479 Bedarf an Schuldner*innenberatung oder Mietrechtsberatung stetig wächst. Wir wollen die
480 Familienzentren finanziell in die Lage versetzen, diese Beratungen weiter anzubieten und
481 sich – ähnlich wie die Early Excellence Centres in England – hin zu Orten zu entwickeln, an
482 denen Familien eine ganzheitliche Beratung erfahren.

483 Die aufsuchende Familienarbeit wollen wir wieder ausbauen und mit ihr einen großen Schritt
484 Richtung präventiver Sozialarbeit tun. Ein Ausbau der Erstbesuche des Kinder- und
485 Jugendgesundheitsdienstes bei Familien mit Neugeborenen wäre dafür eine Möglichkeit.

486 Gesundheit aller Kinder und Jugendlichen fördern

487 Die körperliche, psychische und soziale Gesundheit von Kindern und Jugendlichen liegt uns
488 besonders am Herzen. Kinder mit Behinderung oder mit unheilbaren Krankheiten und ihre
489 Familien stehen vor mehr und größeren Herausforderungen als andere Familien ohnehin schon.
490 Pflegende Kinder und Jugendlichen, die sich neben ihrer schulischen Ausbildung um
491 Angehörigen kümmern und dabei sehr viel mehr Verantwortung als Gleichaltrigen übernehmen,
492 benötigen in ihrer persönlichen Entwicklung Unterstützung durch die Gesellschaft.

493
494 Wir werden sie daher in ihrer Teilhabe am außerfamiliären Leben unterstützen, ihren Alltag
495 entlasten und sie in ihrer persönlichen Entwicklung stärken. Wir wollen deshalb den
496 öffentlichen Gesundheitsdienst besser finanzieren sowie eine stärkere Vernetzung der Hilfe
497 für Menschen mit besonderen Einschränkungen und des Gesundheitswesens für von Behinderung
498 betroffene und bedrohte Kinder, Jugendliche und pflegende Angehörige.

499
500 Wir setzen uns für eine altersgerechte Gesundheitsförderung, die Schaffung von
501 Gesundheitskompetenzen und eine sozialraumorientierte Gesundheitsversorgung für alle Kinder
502 und Jugendlichen ein.

503 Bessere Perspektiven und neue Chancen für Sozialarbeiter*innen

504 Wer Familien gut unterstützen will, muss auch die im Blick haben, die ihnen helfen. Es ist
505 dringend nötig, den Sozialarbeiter*innen und anderem Fachpersonal sowohl eine langfristige
506 Perspektive zu bieten als auch ihre Arbeit besser zu entlohnen. Dass Sozialarbeiter*innen
507 wie Erzieher*innen nach den Tarifverhandlungen der Länder in Berlin mehr Geld bekommen, ist
508 richtig. Die Tatsache, dass viele Einrichtungen nur projektfinanziert sind, stellt viele der
509 hier Angestellten immer wieder vor Herausforderungen: Wer im Dezember oder gar im Januar
510 noch nicht weiß, ob er*sie weiterhin eine Arbeit hat, kann sich kaum auf die Probleme der

511 Kinder konzentrieren. Da Arbeit mit Kindern und Familien langfristige Beziehungsarbeit ist,
512 wollen wir mehr Einrichtungen dauerhaft finanzieren. Das Beispiel der Finanzierung der
513 Stadtteilmütter ist dabei für uns Vorbild. Sämtliche Angebote der Familienarbeit und
514 Familienförderung, die nach § 16 des Achten Sozialgesetzbuches vorgesehen sind, müssen
515 rechtlich umfassender abgesichert sowie an einwohnerbezogenen Richtwerten orientiert werden.
516 Das Angebot werden wir weiterentwickeln und mit qualitativen sowie quantitativen
517 Fachstandards verbindlich absichern. Das von uns eingebrachte Familienfördergesetz werden
518 wir dazu umsetzen.

519 Schutz vor häuslicher Gewalt, Unterstützung von Kindern vor Gericht

520 Frauen und Kinder müssen in ihrem Zuhause sicher sein. Prävention und Opferschutz stehen
521 dabei im Zentrum. Krisendienste, Beratungsstellen, Frauenhäuser und Zufluchtswohnungen
522 werden wir durch Ausbau von Online-Angeboten weiter stärken, die digitale Erreichbarkeit
523 verbessern und mehr Plätze in Frauenhäusern schaffen. Präventionsangebote für potentielle
524 Täter*innen werden wir ausbauen. Ein besonderes Augenmerk wollen wir dabei auf die
525 spezifischen Bedarfe von LSBTIQ* legen, die Maßnahmen an ihren Bedarfen ausrichten und
526 eigene Zufluchtsplätze insbesondere für queere Jugendliche und für Lesben aufbauen.

527 Die Rechte von Kindern bei strafrechtlichen Vernehmungen und familiengerichtlichen
528 Anhörungen müssen besser geschützt werden. Hierfür werden wir die beteiligten Fachkräfte
529 weiterbilden und Jugendämter personell so gut ausstatten, dass sie sich an den Verfahren
530 beteiligen können. Die Kinderschutzambulanz und die Gewaltschutzambulanz wollen wir
531 ausbauen. Die interdisziplinäre Zusammenarbeit werden wir durch einen weiteren Ausbau des
532 Childhood-Hauses an der Charité institutionalisieren.

533 **4.4 Beste frühkindliche Bildung – beste Startchancen** 534 **für alle Kinder**

535 Kinder sind unsere Zukunft und die Entwicklung unserer Kinder hat für uns höchste Priorität.
536 Wir wollen Kindern alles dafür mitgeben, ihren Weg zu gehen, sich individuell und
537 spielerisch zu entwickeln. Die frühen Jahre sind eine entscheidende Phase für die
538 Entwicklung, und gute frühkindliche Bildung ist Voraussetzung für Chancengerechtigkeit.

539 Gute Arbeitsbedingungen für Erzieher*innen bedeuten gute Kitas für unsere Kinder

540 Das multiprofessionelle Personal in den Kitas leistet Großartiges, und das unter häufig
541 schwierigen Rahmenbedingungen. Wir wissen: Qualität beginnt mit Menschen, die für Kinder da
542 sind. Dabei kommt es in den Kitas immer wieder zu personellen Engpässen, auch durch
543 Krankheit, Urlaub und Fort- und Weiterbildung. Denn in der gesetzlichen Personalausstattung
544 werden die Urlaubs- oder durchschnittlichen Krankheitstage nicht ausreichend eingerechnet.
545 Wir fordern deshalb, eine größere Personalausstattung, damit sich die differenziertere Kind-
546 Fachkraft-Relation verbessert und sich die Zeit der pädagogischen Fachkräfte mit den Kindern
547 erhöht. Bei der Berechnung soll sich die Fachkraft-Kind-Relation an wissenschaftlichen
548 Erkenntnissen orientieren. Die strukturellen Hilfen z. B. durch einen verbesserten
549 Leitungsschlüssel, mehr Fachberatung sowie Verwaltungskräfte wollen wir stützen und nach
550 Möglichkeit verbessern. Auch um alle offenen Stellen tatsächlich besetzen zu können,
551 brauchen wir mehr gut qualifiziertes Personal und um das zu gewinnen, muss der Beruf
552 attraktiver werden.

553 Deshalb ist gut, dass es in Tarifverhandlungen gelungen ist, die Bezahlung von
554 Erzieher*innen anzuheben. Wir werden uns darüber hinaus aber weiter für gute
555 Arbeitsbedingungen in den Kitas einsetzen, zum Beispiel indem wir auch die mittelbare

556 pädagogische Arbeit, wie etwa Dokumentation oder Elterngespräche, in der Berechnung des
557 Personalbedarfs erhöhen. Denn nur wenn Erzieher*innen und Kindheitspädagog*innen ausreichend
558 Zeit für ihre Arbeit haben, können sie diese wirklich gut und für Kinder und Eltern und
559 nicht zuletzt auch für sich selbst zufriedenstellend ausführen. Darüber hinaus wollen wir
560 den Quereinstieg in den Beruf der Erzieher*in weiter fördern – Quereinsteiger*innen leisten
561 schon jetzt in Kitas einen essentiellen Beitrag und bereichern mit ihren vielfältigen
562 Perspektiven den Kitaalltag. Doch wer als Quereinsteiger*in in die Kita kommt, braucht
563 selbst noch Anleitung und Unterstützung. Deshalb muss dem übrigen pädagogischen Personal in
564 den Kitas hierfür Zeit zur Verfügung gestellt werden: Die Ausbildung von
565 Quereinsteiger*innen muss sich bei der Berechnung der Personalstunden entsprechend
566 niederschlagen. Auch wollen wir qualifizierte ausländische Abschlüsse leichter und schneller
567 anerkennen.

568 Ausbildung und Fortbildung ein Leben lang

569 Eine gute Ausbildung und die Möglichkeit, sich immer wieder fortzubilden, sind Voraussetzung
570 für eine hohe Qualität in den Kitas. Wir haben in den vergangenen Jahren die
571 Ausbildungskapazitäten an den Fachschulen für Sozialpädagogik mehr als verdoppelt und das
572 Schulgeld abgeschafft. Wir wollen aber noch einen Schritt weitergehen und die vollschulische
573 Ausbildung endlich so verbessern, dass die Studierenden an den Fachschulen eine nicht
574 rückzahlbare Ausbildungsförderung erhalten können. Um die Fachschulen weiter zu verbessern,
575 wollen wir mit ihnen Qualitätsstandards vereinbaren und dabei die Vernetzung von Praxis und
576 Theorie stärken. Um Perspektiven für ein ganzes Berufsleben zu schaffen, wollen wir die
577 Ausbildung als Einstieg in einen Prozess des lebenslangen Lernens gestalten: Wir wollen
578 Erzieher*innen deshalb dabei unterstützen, sowohl pädagogische Zusatzqualifikationen zu
579 erlangen als auch Weiterbildungen zu betriebswirtschaftlichen Themen oder zur
580 Mitarbeiterführung zu belegen, denn nur mit diesen Qualifikationen können wir auch den
581 steigenden Bedarf an gut ausgebildeten Kitaleitungen decken.

582 Mehr Qualität in Berlins Kitas

583 Die Weiterentwicklung von Qualität in der frühkindlichen Bildung ist eine Daueraufgabe – es
584 geht um Vernetzung, voneinander im Alltag zu lernen, neue Konzepte, Monitoring und mehr
585 Elternzusammenarbeit und deren Empowerment. Dafür wollen wir zusätzliche Mittel für das
586 Berliner Kita-Institut für Qualitätsentwicklung (BeKi) zur Verfügung stellen. Auch das
587 Sozialpädagogische Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg (SFBB) wollen wir besser
588 ausstatten. Ziel ist dabei auch, pädagogische Konzepte weiterzuentwickeln, zum Beispiel beim
589 Spracherwerb, bei der ökologischen Ausrichtung oder dem Einsatz von digitalen Medien in der
590 frühkindlichen Bildung.

591 Mehr Räume, mehr Kitas und bessere Betreuungsmöglichkeiten in Randzeiten

592 Das zweite Nadelöhr ist der Ausbau der Kindertagesbetreuung und dabei mangelnde
593 Räumlichkeiten. Die hohen Mieten und die stetige Verdrängung von Kitas und
594 Tagespflegeeinrichtungen sind ein zentrales Problem. Darum haben wir Grüne eine
595 Bundesratsinitiative zur Modernisierung des Gewerbemietrechts auf den Weg gebracht. Außerdem
596 wollen wir in Zukunft alle Träger vorrangig bei der Suche nach Flächen und Räumen
597 unterstützen, u. a. mit der Ausweitung von Erbbaupachtverträgen und einem
598 Neubauinvestitionsprogramm. Beim Flächenmanagement in der Stadt werden wir auf
599 Multifunktionalität, Mischnutzungen und der Erschließung von Flächen setzen, die Bildung,
600 Jugend, Soziales und Kultur möglichst an einem Standort vereinen. In Zusammenarbeit mit IHK,
601 HWK und den landeseigenen Betrieben wollen wir auch die Einrichtung von Betriebs-Kitas
602 gezielt angehen.

603 Eltern, die im Schichtdienst arbeiten, nutzt eine Kita, die um 17 Uhr schließt, wenig.
604 Berlin hat mit dem MoKiS („Mobiler Kinderbetreuungsservice für Eltern mit besonderen
605 Arbeitszeiten“) ein Angebot für genau diese Eltern – leider kennen es wenige und die Hürden
606 sind hoch. Wir wollen den MoKiS bekannter und leichter zugänglich machen und werden eine
607 Verzahnung dieses Angebots mit den Kitas und der Kindertagespflege entwickeln.

608 Kindertagespflege - flexibel und gut bezahlt

609 Der hohe Anteil von Kindertagespflege in Berlin zeigt, wie gut insbesondere für jüngste
610 Kinder die Betreuung und Bildung in kleinen Gruppen mit festen Bezugspersonen ist. Wir haben
611 eine bessere Bezahlung für die Kindertagespflege erreicht und werden weiter an der
612 Verbesserung der Rahmenbedingungen arbeiten.

613 Um für alle Kinder die Umsetzung ihres Rechts auf beste frühkindliche Bildung
614 sicherzustellen, wollen wir in der kommenden Legislatur allen Kindern über einem Jahr einen
615 Ganztagsplatz in der Kita ohne Bedarfsprüfung anbieten.

616 Sprachförderung und Vielfalt in der Kita

617 Kinder für die Gesellschaft stark machen beginnt mit Sprachförderung – sowohl in Deutsch als
618 auch in den jeweiligen Muttersprachen. Bewährte Modelle wie die „Sprachkitas“ und die vielen
619 bilingualen Kitas in Berlin wollen wir ausbauen und mit dem „Zentrum für Sprachbildung“
620 sowie Expert*innen für die Förderung der verschiedenen Herkunftssprachen systematisch die
621 Ausweitung der Sprachförderung und Mehrsprachigkeit in allen Kitas angehen. Stark in die
622 Gesellschaft starten heißt auch, dass Kinder ihre Rechte kennen. Die Verankerung der
623 Kinderrechte sowohl in der Verfassung Berlins als auch in der frühkindlichen Bildung ist uns
624 darum ein zentrales Anliegen. Das umfasst auch, auf den Abbau von Vorurteilen hinzuarbeiten
625 – denn auch Kinder haben Vorurteile; Verhaltensmuster erlernen sie jedoch erst. Doch bereits
626 Kinder im Kitaalter bringen gewisse eingeübte Rollen mit. Daher setzen wir uns dafür ein,
627 dass vorurteilsbewusste Bildung und Erziehung verstärkt ihren Platz in den pädagogischen
628 Einrichtungen findet, Erzieher*innen entsprechend aus- und fortgebildet werden und sich die
629 Vielfalt der Gesellschaft auch im pädagogischen Personal der Kita widerspiegelt.

630

631

632 Gutes Essen und Ernährungsbildung von Kindesbeinen an

633

634 Viele Ernährungsgewohnheiten werden bereits im Kleinkindalter geprägt, um so wichtiger ist
635 gutes und nachhaltiges Essen in der Kita und eine Kleinkind-gerechte Ernährungsbildung, auf
636 die später in den Schulen aufgebaut werden kann.

637 Schutz von Kindern vor Gewalt

638 Der Schutz von Kindern hat für uns einen besonderen Stellenwert – die vielen Fälle von
639 psychischer, körperlicher und sexualisierter Gewalt gegen Kinder zeigen den Handlungsbedarf.
640 Wir werden dafür sorgen, dass alle Bildungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche
641 Kinderschutzkonzepte erstellen und umsetzen. Auch Vereine und freie Träger, die für ihre
642 Arbeit mit Kindern sowohl projektbezogen als auch institutionell Geld vom Land Berlin
643 bekommen, müssen Kinderschutzkonzepte vorlegen. Wichtig ist dabei, dass Akteur*innen eng
644 zusammenarbeiten, egal auf welcher gesetzlichen Grundlage ihre Finanzierung beruht. Um das
645 zu verbessern, wollen wir eine*n Landesbeauftragte*n für Fälle von psychischer, körperlicher
646 und sexualisierter Gewalt gegen Kinder einsetzen. Hier sollen die Fäden in den Bereichen
647 Prävention, Intervention und Aufarbeitung zusammenlaufen. Die Wahrung der Kinderrechte muss
648 bei dieser Arbeit selbstverständlich im Mittelpunkt stehen.

649 Eine zentrale Plattform für die Kitaplatzsuche

650 Wir wissen, wie schwierig es derzeit ist, einen Kitaplatz zu finden. Darum brauchen wir
651 erheblich mehr und ausreichend Plätze in Kitas und Tagespflegeeinrichtungen mit hoher
652 Betreuungsqualität. Ausreichend Kitaplätze zu schaffen und das Personal dafür auszubilden
653 muss deshalb eine hohe Priorität haben. Wir wollen darüber hinaus den Zugang zu einem
654 Kitaplatz erleichtern, indem wir den Kita-Navigator, der eine Übersicht über freie
655 Kitaplätze liefern soll, weiterentwickeln. Damit schaffen wir eine zentrale Plattform, auf
656 der Angebot und Nachfrage nach Kitaplätzen übersichtlich, einfach und transparent
657 dargestellt werden. Wir wollen, dass alle Eltern hier – ähnlich wie bei der Vergabe von
658 Plätzen für Oberschulen – zentral ihre Wunschkita sowie weitere Wunschkitas eintragen können
659 und auch über dieses Portal mitgeteilt bekommen, in welcher Kita sie einen Platz bekommen.
660 Die Kitas haben weiterhin die Möglichkeit, Eltern und deren Kinder kennen zu lernen und
661 aufgrund ihrer eigenen Kriterien zu entscheiden, welche Kinder sie aufnehmen – sie würden
662 lediglich nicht mehr selbst die Eltern informieren. Damit würden auch Kitas viel Zeit
663 sparen, da im jetzigen System viele Eltern noch auf ihren Listen stehen, obwohl sie woanders
664 schon einen Platz haben, und auch für die Eltern würde das Eintragen auf unzähligen Listen
665 damit endlich der Vergangenheit angehören.

666 Wir machen uns stark für Kitas, in denen Kinder aus ganz unterschiedlichen Familien
667 zusammenkommen und in denen eine lebendige, demokratische Kultur gelebt wird. All das
668 erreichen wir nur mit ausreichend und gut ausgebildetem und diversitätsgeschultem
669 pädagogischen Personal und guten Räumen. Es war ein richtiger Schritt, Kitas und
670 Kindertagespflege gebührenfrei zu machen. Bildung ist ein Grundrecht, hier darf es keine
671 Hürden geben. Wir haben gleichzeitig immer darauf gedrungen, mehr in Qualität zu investieren
672 – hier bleibt leider noch viel zu tun. Ausreichend Plätze und gute Qualität sind die
673 zentralen Aufgaben der nächsten Jahre.

674 Zur Unterstützung der Familien und der Träger werden wir eine Ombusstelle einrichten, damit
675 Beschwerden und Störungen gut und sachgerecht bearbeitet werden können. Dort, wo es Verstöße
676 gegen die vertraglichen Verpflichtungen der Kitaträger gibt, werden wir die Kontrolle
677 deutlich verstärken.

678 **4.5 Schule fürs Leben – mehr Qualität und gerechtere** 679 **Bildungschancen**

680 Bildung ist einer der wichtigsten Schlüssel zu einem selbstbestimmten Leben. Und für beste
681 Bildung braucht es ein Umdenken: Schule muss sich konsequent an den Bedürfnissen von Kindern
682 orientieren. Nicht erst seit Corona wissen wir, dass Kinder mehr benötigen als das
683 Vermitteln von Wissen. Sich selber und die eigenen Fähigkeiten gut zu entwickeln, soziales
684 Miteinander und Mitbestimmung zu erproben – all das soll Schule stärken. Wir wollen eine
685 neue Kultur des Lernens, in der nicht Defizite, sondern stärkenorientiertes Lernen und
686 kognitive sowie soziale Fähigkeiten im Mittelpunkt stehen. Körperliche und psychische
687 Gesundheit sind zentrale Ressourcen für Leistungsfähigkeit, Lebensqualität und soziale
688 Teilhabe die wir stärken wollen. Und wir wollen Klassen, die die Vielfalt unserer
689 Gesellschaft abbilden.

690 Dafür brauchen alle Berliner Schulen ausreichend und gut ausgebildetes Personal, eine
691 stärkende und Spaß machende Lernkultur und natürlich gute Bedingungen – das gilt für Gebäude
692 ebenso wie für gutes Essen am Mittag, eine Vernetzung in den Kiez und digitales Lernen.
693 Unsere Vorstellung von Schule lässt sich am besten umsetzen, wenn Kinder so lange wie
694 möglich zusammen lernen. Darum ist unser Ziel die „eine Schule für alle“ – langes
695 gemeinsames Lernen in vielfältigen Gemeinschaftsschulen in denen schnelllernende,
696 leistungsstarke Schüler*innen genauso gefördert werden wie Schüler*innen mit besonderen

697 Förderbedarfen.

698

699 Für eine inklusive Gesellschaft braucht es eine inklusive und barrierefreie Schule

700

701 Unser Ziel ist, dass Inklusion und Barrierefreiheit an jeder Schule zur
702 Selbstverständlichkeit wird. Um das Recht auf Teilhabe und diskriminierungsfreies Lernen für
703 alle Kinder und Jugendliche zu gewährleisten und gleichzeitig den individuellen
704 Förderbedarfen einzelner Kinder, die intensivere Betreuung bis hin zu einer 1:1-Betreuung
705 notwendig machen, gerecht zu werden, wollen wir bei der Weiterentwicklung der Berliner
706 Schulen zu inklusiven Schulen an die Entwicklung der letzten Legislaturperiode anknüpfen.
707 Die Einrichtung weiterer Schwerpunktschulen soll in Abstimmung mit den Bezirken zügig
708 vorgenommen werden, damit ein möglichst wohnortnahes Angebot für alle Kinder geschaffen
709 wird. Die Schwerpunktschulen sollen eine attraktive Alternative zu den sonderpädagogischen
710 Förderzentren sein und keinesfalls die inklusive Arbeit der übrigen Regelschulen
711 beeinträchtigen. Unser Ziel ist, langfristig alle Regelschulen so aufzustellen, dass sie
712 alle Kinder inklusiv beschulen – sowohl durch bauliche Anpassung als auch durch personelle
713 Weiterentwicklung. Deshalb wollen wir Schulbegleiter*innen finanziell weiter stärken, ihre
714 Ausbildung verbessern und sie in unbefristete Arbeitsverhältnisse an den Schulen bringen.
715 Ebenso sollen die Einzelfallhelfer*innen zur Sozialassistenten weiter qualifiziert werden.
716 Außerdem setzen wir uns für die verpflichtende Einrichtung eines Ruheraums ein. Dazu
717 brauchen vor allem Schulen mit großen Herausforderungen die Einbindung in ein gut
718 funktionierendes Netz der Jugend- und Familienhilfe.

719 Mitsprache, Mitbestimmung und Mitverantwortung

720 Kinderaugen leuchten, wenn sie voneinander, draußen im Kiez oder auch beim Experimentieren
721 lernen. Deshalb wollen wir spielerisches und selbstbestimmtes Lernen zum Regelfall in allen
722 Schulen machen. Nur so können wir der Vielfalt der Schüler*innen gerecht werden und sie auf
723 die Anforderungen der Zukunft vorbereiten. Kooperation, kritisches Denken, Kommunikation und
724 Kreativität müssen dabei die lange Tradition aus Leistungsdruck und starren Lehrinhalten
725 ablösen. Ziffernoten suggerieren eine Vergleichbarkeit der Kinder und sind häufig weder
726 motivierend, noch geben sie Auskunft über Lernerfolg oder Verbesserungsansätze.
727 Perspektivisch streben wir an, von Noten zu einem kompetenzbasierten Lernfeedback
728 überzugehen. Kinder und Jugendliche sollen beispielsweise durch eine stärkere Beteiligung in
729 der Schulkonferenz, Qualifizierungsmaßnahmen für die Mitarbeit in der SV, einen
730 flächendeckenden Klassenrat und Schüler*innenparlamente mehr Raum für Mitbestimmung
731 erhalten. Wir wollen Formate entwickeln, damit dies bereits ab der ersten Klasse gelingen
732 kann. Projekte wie Schüler*innen-Haushalte und Lernen durch Engagement tragen ebenso zur
733 Demokratieförderung bei und sollen daher gefördert werden. Die Schulen sollen bei all diesen
734 Maßnahmen angemessen unterstützt und begleitet werden.

735 Mehr Personal, mehr Professionen – das Team Schule neu und breiter aufstellen

736 Berlins Schulen brauchen mehr gut ausgebildetes Personal: von Lehrkräften über
737 Erzieher*innen, IT-Unterstützung, Supervision, psychologische Betreuung, von Lehrkräften
738 über Erzieher*innen, IT-Unterstützung, Supervision, psychologische Betreuung, Sekretariaten,
739 Reinigungskräften und Hausmeisterei bis zu Quereinsteiger*innen aus verschiedensten
740 Fachrichtungen. Schule so als Team vielfältiger Professionen auf Augenhöhe aufzustellen
741 entlastet Lehrkräfte und stärkt die Qualität des Lernens. Sonderpädagog*innen,
742 Sozialpädagogische Fachkräfte, Schulbegleiter*innen und zukünftig auch Krankenpfleger*innen
743 leisten einen unerlässlichen Beitrag zum inklusiven Lernen. Diversität im Team Schule ist
744 für uns ein wichtiges Ziel. Die breite Lebenserfahrung und diverse kulturelle Hintergründe
745 von Quereinsteiger*innen sind hierbei ein Gewinn. Ihrer pädagogischen Qualifizierung und

746 Ausbildung für die Arbeit mit Schüler*innen muss besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden.
 747 Sie unterscheidet sich von der Ausbildung von Lehramtsanwärter*innen mit einem 1.
 748 Staatsexamen oder vergleichbaren Abschlüssen. Um sie für unsere Schüler*innen nutzbar zu
 749 machen, verbessern wir den Zugang von Menschen aus anderen Fachrichtungen oder mit
 750 ausländischen Abschlüssen zum Schuldienst. Die Kernaufgabe von Lehrkräften ist guter
 751 Unterricht. Wir wollen die professionelle Vielfalt und das Spektrum der Perspektiven aber
 752 nicht nur in die Schulen holen, sondern sie für die Schüler*innen auch an außerschulischen
 753 Lernorten erlebbar machen. Daher sollen z.B. kulturelle Bildung, die Zusammenarbeit mit
 754 Künstler*innen und Besuche in Kulturorten fest im Rahmenlehrplan verankert werden.
 755 Die Arbeitszeiten von Lehrkräften sollten Platz für Elterngespräche, Teamsitzungen,
 756 Fortbildungen und Supervision lassen. Bei steigendem Personal und ausreichend Schulplätzen
 757 wollen wir zudem die Stundendeputate verringern und die Größe von Klassen verkleinern. Wir
 758 wollen Schulleitungen besser für ihre vielfältigen Aufgaben qualifizieren und entlasten,
 759 indem wir sie und ihre Kollegien bei Verwaltungs-, Vernetzungs-, und Entwicklungsaufgaben
 760 durch zusätzliche Verwaltungsstellen an allen Schulen unterstützen. Die Schulen sollen ein
 761 attraktiver Arbeitsplatz sein. Dazu zählt eine gute Ausstattung und moderne Technik, die
 762 funktioniert, wenn es darauf ankommt. Viele Verwaltungsaufgaben können durch neue Programme
 763 vereinfacht werden, sodass Lehrer*innen schneller sagen können: "Jetzt habe ich wieder Zeit
 764 für meine Schüler*innen."

765 Die Zahl der Lehramtsstudienplätze, vor allem im Grundschulbereich, wollen wir unter Wahrung
 766 der Studienqualität ausbauen, genau wie die berufs begleitende Ausbildung von
 767 Quereinsteiger*innen, die genug Zeit für das Ankommen und Lernen in der Schule lässt und die
 768 mit einer 6-wöchigen Hospitation beginnt. Auch Absolvent*innen pädagogischer Studiengänge
 769 wollen wir den Quereinstieg ins Lehramt ermöglichen. Die Wissensgesellschaft von morgen
 770 braucht Lehrkräfte, die auf die vielfältigen Anforderungen dieser Zeit vorbereitet sind.
 771 Daher müssen im Lehramtsstudium pädagogische Fragestellungen stärker in den Fokus gerückt
 772 werden. Themen wie Inklusion, Vielfalt, Digitalisierung, Demokratiebildung und Bildung für
 773 nachhaltige Entwicklung sollen wesentliche Bestandteile sein. Außerdem soll den Studierenden
 774 genug Zeit eingeräumt werden, auch frühzeitig praktische Lehrerfahrung zu sammeln. Wir
 775 brauchen darüber hinaus Lehrkräfte für Arabisch, Türkisch, Polnisch und weitere Sprachen,
 776 damit Schüler*innen auch ihre Herkunftssprachen als zweite und dritte Fremdsprache wählen
 777 können. Wir unterstützen den Vorschlag zur Einrichtung eines Berliner Landesinstitutes, in
 778 dem die zweite Phase der Lehrerbildung sowie die Fort- und Weiterbildung zusammengefasst
 779 werden. Bestehende Einrichtungen, wie das Zentrum für Sprachbildung und die iMint-Akademie,
 780 sollen in das zukünftige Landesinstitut integriert werden. Durch diese Bündelung kann eine
 781 bedarfsgerechte Steuerung und bessere Abstimmung unter Nutzung von Synergien erfolgen. Nur
 782 durch kontinuierliche Fort- und Weiterbildung des pädagogischen Personals kann eine hohe
 783 Unterrichtsqualität gesichert werden. Dazu müssen einerseits die Voraussetzungen geschaffen
 784 werden, dass alle Lehrkräfte sich kontinuierlich fort- und weiterbilden können, zum anderen
 785 muss diese Möglichkeit aber auch regelmäßig und nachvollziehbar wahrgenommen werden. Wir
 786 wollen Pädagog*innen ermutigen, praktische Ideen zur Verbesserung des Schulsystems und der
 787 Schulorganisation, Konzepte zur Unterrichtsentwicklung oder neue Unterrichtsmaterialien zu
 788 entwickeln und der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen. Dafür wollen wir die nötigen
 789 Voraussetzungen und Freiheiten schaffen.
 790 Um im Wettbewerb um die Absolvent*innen von Lehramtsstudiengängen besser bestehen zu können,
 791 wollen wir die Bezüge im Vorbereitungsdienst deutlich erhöhen. Damit gutes Personal auch
 792 langfristig in Berlin bleibt, wollen wir für Absolvent*innen, die sich verpflichten, nach
 793 dem Referendariat in Berlin zu bleiben, eine attraktive Zulage während des Referendariats
 794 zahlen. Wir brauchen mehr junge Menschen, die Lehrer*innen im MINT- Bereich werden wollen
 795 (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik). Das neue Stipendienprogramm
 796 wollen wir weiter ausbauen und durch Programme zur direkten Ansprache ergänzen. Wir werden

797 den Einstieg von Quereinsteiger*innen und geflüchteten Lehrkräften erleichtern, in dem wir
798 den Schuldienst auch für Lehrkräfte mit nur einem Unterrichtsfach öffnen.

799 Schulen bauen – am besten aus Holz

800 Der bauliche Zustand vieler Berliner Schulen ist desolat, gleichzeitig müssen ungefähr 60
801 neue Schulen gebaut werden. Um aufs Tempo zu drücken, haben wir die HOWOGE als effiziente
802 Partnerin für die Umsetzung an Bord geholt. Holzbau steht schneller, ist umweltfreundlicher
803 und flexibler. Darauf setzen wir. Und für die innerstädtischen, oft schwierigen Grundstücke,
804 auf die die Prototypenentwürfe nicht passen, loben wir frühzeitig Wettbewerbe aus und suchen
805 mit Beteiligung der Betroffenen den besten Entwurf aus. Dabei setzen wir auf den
806 Einfallsreichtum der Architekt*innen, lassen auch einmal Schulen mit mehr als drei
807 Stockwerken oder kreativen Anordnungen zu. Wir wollen nach Hamburger Vorbild Schulen bauen,
808 die dem gesamten Kiez offenstehen: Nachmittags könnte die Mensa zum Kiez-Café werden, der
809 Schulgarten zum gemeinschaftlichen Urban Gardening einladen und die Lernräume könnten
810 Weiterbildung für alle im Kiez ermöglichen. Damit die Schulen wirklich allen offenstehen,
811 müssen sie inklusiv gebaut werden: Barrierefreiheit und Unisex-Toiletten werden zum
812 Standard. Das beinhaltet auch, dass Unisex-toiletten als zusätzliche Option an allen Schulen
813 Standard werden. Während der Corona-Pandemie wurde deutlich, wie wenig Platz im öffentlichen
814 Raum für Kinder zur Verfügung steht. Um das zu ändern, sollen Schulhöfe oder Turnhallen auch
815 am Wochenende geöffnet sein und einen Ort der Begegnung und Bewegung im Kiez bieten. Dafür
816 soll mit Einrichtungen der Jugendhilfe sowie mit lokalen Nachbarschaftsakteuren kooperiert
817 werden. Es braucht großzügige und multifunktionale Schulen, mehr rechtliche Freiheit zur
818 Nutzung der Räume und finanzielle Mittel zur Anstellung von Hausmeister*innen und
819 organisatorischer Unterstützung.

820 Es ist gut, dass wir durch die Einführung des kostenlosen Mittagessens an Grundschulen viele
821 Familien entlasten konnten. Doch nun stehen viele Schulen vor dem Problem, dass die Räume
822 dafür fehlen. Um den Anspruch auf ein Mittagessen an allen Schulen gut umsetzen zu können,
823 wollen wir das Mensabauprogramm finanziell deutlich aufstocken und den Schnellbau von
824 Holzmodulmensen vereinfachen. Wir wollen Neubauten ganz den Bedürfnissen der Schüler*innen
825 anpassen. Anstatt Flurschulen große und helle Lernräume, bequeme Aufenthaltsorte, große
826 Mensen und eigene Schulküchen. Neue Schulen müssen inklusiv gebaut werden und bestehende
827 Gebäude barrierefrei umgerüstet werden.

828 Gebäude müssen nicht nur in gutem Zustand, sondern auch sauber sein. Darum setzen wir uns
829 schon lange dafür ein, dass sich die Situation der Schulreinigung verbessert, und freuen
830 uns, dass dieses Thema in vielen Bezirken durch eine aktive Zivilgesellschaft und durch BVV-
831 Beschlüsse Rückenwind bekommen hat. Gemeinsam mit vielen Eltern, Lehrkräften und
832 Schüler*innen kämpfen wir für eine saubere, angenehme und anregende Lernumgebung und gegen
833 prekäre Arbeitsverhältnisse. Wir haben die Schulreinigung grundlegend neu aufgestellt, in
834 einem ersten Schritt durch höhere Qualitäts- und Sozialstandards bei der Ausschreibung. In
835 einem zweiten Schritt prüfen wir umgehend, wie das Ziel der vollständigen Rekommunalisierung
836 der Schulreinigung in den Bezirken erreicht und bis 2026 umgesetzt werden kann.

837 Schule for future!

838 Mit dem 1,5-Grad-Limit vor Augen und der berechtigten Forderung nach Klimagerechtigkeit
839 müssen auch Schulen ökologisch und perspektivisch klimaneutral werden. Deswegen haben wir
840 damit begonnen, Schuldächer mit Solarpaneelen auszustatten, Fassaden zu begrünen und
841 Regenwasser aufzufangen. Wir haben es auch geschafft, dass der Bioanteil beim nun
842 kostenlosen Mittagessen in der Grundschule von unter 15 auf 50 Prozent gestiegen ist. Wir
843 wollen ein echtes 100-prozentiges regionales Bio-Essen und Gebäude mit hohen Öko-Standards.
844 Die Querschnittsthemen Nachhaltigkeit, globale Gerechtigkeit, fairer Handel und Fragen der

845 Umwelt-, Ernährungs- und Naturbildung sind zwar bereits in den Lehrplänen verankert, werden
846 aber dennoch häufig im Unterricht nicht ausreichend thematisiert. Das wollen wir ändern.
847 Kinder und Jugendliche werden von der Klimakrise am längsten betroffen sein und verdienen,
848 umfangreich darüber informiert zu werden. Wir wollen mehr Kooperationen zwischen Schulen und
849 Botanischem Garten und Naturkundemuseum fördern, um Natur- und Nachhaltigkeitsbildung an den
850 Schulen anschaulich zu verankern. Außerdem wollen wir an möglichst allen Schulen Schulgärten
851 etablieren.

852 Vielfalt als Reichtum, Mehrsprachigkeit als Kompetenz

853 Viele Kinder in Berlin wachsen bereits mehrsprachig auf und verfügen damit über eine
854 wichtige Ressource, die es zu fördern gilt.. Mehrsprachigkeit ist eine Qualifikation – das
855 wollen wir deutlicher anerkennen und Unterricht unter staatlicher Aufsicht in möglichst
856 vielen Familiensprachen bedarfsgerecht und ergänzt durch ein digitales Angebot ausbauen.

857 Hierzu ist es nötig, dass die Schulen und die Bildungsverwaltung die konkreten
858 Familiensprachen und den jeweiligen Sprachstand der Schüler*innen erfassen und als
859 notenrelevante Fremdsprachen etablieren. Das diskriminierende Merkmal "nichtdeutsche
860 Herkunftssprache" werden wir nicht mehr für Einzelschulen veröffentlichen. Damit
861 Schüler*innen Vielfalt und Unterschiedlichkeit positiv erleben, braucht es Vorbilder.
862 Deshalb wollen wir den Lehrkörper diverser aufstellen und deutlich mehr Schwarze Lehrkräfte,
863 Lehrkräfte of Color (BPoC), Lehrkräfte mit Behinderung sowie Lehrkräfte, deren
864 Familiensprache eine andere als Deutsch ist, gewinnen und fördern. In der
865 Lehrer*innenbildung müssen Deutsch als Zweitsprache sowie weitere Sprachen, z.B. Türkisch,
866 als Studienfächer etabliert werden. Wir setzen die Urteile des Bundesverfassungsgerichts um
867 und sind von der Prämisse der Antidiskriminierung geleitet. Daher kann das Neutralitätsgesetz
868 so keinen Bestand haben.

869 Den Diskriminierungsschutz von Berliner Schüler*innen werden wir systematisch ausbauen und
870 die Institution „Schule“ diskriminierungskritisch weiterentwickeln. Hierfür werden wir
871 verbindliche und niedrigschwellige Beschwerde- und Interventionsstrukturen etablieren, die
872 Schüler*innen und Eltern auch über ihre Rechte nach dem Landesantidiskriminierungsgesetz
873 aufklären und Sanktionen einleiten können. Wir wollen eine unabhängige Beschwerdestelle für
874 den Bildungsbereich einrichten, jeder Berliner Schule eine diskriminierungskritische
875 Organisationsentwicklung ermöglichen, verbindliche Fort- und Weiterbildungen für
876 pädagogisches Schulpersonal und Sozialarbeiter*innen anbieten. Wegen der besonderen
877 Verantwortung wollen wir Leitungspersonal mit besonderer Priorität schulen. Außerdem müssen
878 diese Inhalte im Studium und der Lehramtsausbildung stärker verankert werden. Wir wollen
879 Unterricht etablieren und Lehrmaterialien zur Verfügung stellen, womit unterschiedliche
880 Familienformen und Lebenskonzepte gleichermaßen abgebildet und gewürdigt werden und in denen
881 über alle Formen von Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Ableismus,
882 Queerfeindlichkeit, Sexismus und die Stigmatisierung psychischer Krankheiten aufgeklärt
883 wird. Im Lehrplan soll eine verbindliche, kritische Auseinandersetzung mit Kolonialismus und
884 rassistischen und anderen diskriminierenden Stereotypen verpflichtend verankert werden.
885 Sexuelle Bildung muss über biologische Aufklärung hinausgehen und gezielt auch weibliche
886 Sexualität behandeln. Queere Sexualität und die Aufklärung aller Geschlechter zu Themen der
887 Einvernehmlichkeit und Emanzipation müssen enttabuisiert und umfassend in den Unterricht
888 integriert werden.

889 Dafür werden wir die Fachstellen für queere Bildung und für intersektionale Bildung weiter
890 stärken. Wir wollen geschlechtersensible Pädagogik und Didaktik fördern, damit Kinder sich
891 frei von Rollenstereotypen entfalten können. Historische Leistungen von Frauen in
892 Naturwissenschaften und Technik, Politik und Gesellschaft finden im Unterricht bisher zu
893 wenig Beachtung. Das hat Auswirkungen auf die Berufswahl und das spätere Einkommen: Zu wenig
894 Mädchen entscheiden sich für MINT-Berufe und zu wenig Jungen für soziale Berufe. Deshalb

895 wollen wir bei der Jugendberufsagentur Berlin geschlechtersensible Berufsberatungsangebote
896 fördern.

897 Willkommensklassen

898 Auch geflüchteten Kindern wollen wir die besten Chancen bieten und setzen uns dafür ein,
899 Willkommensklassen gut auszustatten und hier eine sozial- und traumapädagogische Begleitung
900 zu ermöglichen. Unser Ziel ist es, geflüchtete Kinder und Jugendliche so schnell wie möglich
901 gemeinsam mit allen anderen Kindern in Berlins Regelklassen zu unterrichten. Dafür ist es
902 wichtig, den Sprachstand von geflüchteten Kindern und Jugendlichen zu erfassen und ihnen
903 passgenaue sprachliche Förderung zukommen zu lassen. Wir sind überzeugt davon, dass es das
904 Schulfach Deutsch als Fremd- oder Zweitsprache braucht – für Geflüchtete, Zugezogene und
905 alle mit Bedarf. Gleichzeitig brauchen wir deutlich mehr Sprachmittler*innen, die auch bei
906 Elternabenden, Post aus der Schule oder Elterngesprächen unterstützen können.

907 Für längeres gemeinsames Lernen, für gleiche Chancen

908 Die ersten Lernetappen sind oft riesige Schritte für die neuen Schüler*innen: das Abc,
909 Addieren, Dividieren, Schreibschrift und vieles mehr in einer komplett neuen Umgebung. Damit
910 das Ankommen spielerisch, individuell und gut gelingt, wollen wir an allen Berliner
911 Grundschulen für bessere Lernbedingungen und höhere Lernerfolge sorgen und insbesondere
912 dort, wo die Lage schwierig ist, zusätzliche Mittel, zum Beispiel für Funktionsstellen zur
913 Weiterentwicklung der Schule, und zusätzliche Verwaltungsstellen in die Hand nehmen und
914 Bewerbungen von Lehrkräfteteams ermöglichen.

915 Wichtig ist uns, dass kurze Beine kurze Wege haben. Damit kommen in vielfältigen Kiezen
916 Kinder aus ganz unterschiedlichen Familien in einer Grundschule zusammen, beeinflussen und
917 bereichern einander. Sechs Jahre gemeinsame Grundschulzeit wollen wir verbindlich für alle
918 Kinder gleichermaßen verankern. Unser Ziel ist, mit einer Qualitätsoffensive unsere
919 Grundschulen mindestens so attraktiv zu machen wie Schulen in nicht-öffentlicher
920 Trägerschaft oder die Gymnasien, die heute in der fünften Klasse beginnen. Grundschulen
921 wollen wir so unterstützen, dass sie auch in Klasse fünf und sechs alle Kinder
922 bestmöglichst fördern können. Wer sich in Berlin bei einer weiterführenden Schule bewirbt,
923 weiß, dass es eine große Konkurrenz um begehrte Schulplätze gibt. . Beherrzter Schulneubau
924 und eine Personalplanung mit Reserven sollen dies in Zukunft abmildern. Rankings rücken
925 manche Schulen zu Unrecht in ein schlechtes Licht. Deshalb wollen wir so wenige Daten –
926 insbesondere leistungsbezogene – wie möglich veröffentlichen und veröffentlichte Daten so
927 aufbereiten, dass Rankings vermieden werden. Außerdem bleiben die freiwerdenden Kapazitäten
928 an den bislang grundständigen Gymnasien erhalten und dienen dem Aufbau weiterer Züge ab der
929 siebten Klasse. Um den Prozess der Schulwahl fairer zu gestalten und die soziale Mischung zu
930 stärken, wollen wir mindestens 50 Prozent der Plätze an Schulen mit Übernachtung im
931 Losverfahren vergeben und prüfen, wie durch die Bildung von Notenkohorten beim Losverfahren
932 die Heterogenität an weiterführenden Schulen verbessert und die Chancengerechtigkeit erhöht
933 werden kann. Damit stärken wir die freie Schulwahl gerade derer mit schlechterem
934 Notenschnitt.

935 Gerade Kinder und Jugendliche, die unter schwierigen Bedingungen aufwachsen, brauchen die
936 besten Angebote und eine hohe Qualität des Unterrichts. Den Anteil der Schüler*innen, die
937 Mindestkompetenzen in deutscher Sprache und in Mathematik nicht erreichen, wollen wir
938 deutlich reduzieren. Deshalb werden wir eine zielgenaue Unterstützung für Schulen in
939 schwieriger Lage entwickeln. Gute Bildung geht über Wissensvermittlung hinaus, unser
940 Verständnis von Schulqualität ist viel breiter: Schule soll nicht nur Wissen vermitteln,
941 sondern soziale Kompetenzen und das Miteinander fördern, sowie eine stärkere Verknüpfung
942 zwischen Lernen, Erfahren, Erforschen und Erproben gewährleisten. Um die Leistungsfähigkeit

943 der Berliner Schule zu stärken, die Qualität der Abschlüsse zu steigern und die Zahl der
 944 Schulabgänger*innen deutlich zu senken, soll eine abgestimmte Gesamtstrategie zur
 945 Qualitätssicherung entwickelt werden. In deren Mittelpunkt muss die Unterrichtsqualität in
 946 allen Schulen aller Schulformen stehen. Die Schulform selbst sichert sie nicht, die zentrale
 947 Rolle dafür kommt vielmehr den Pädagog*innen und Schulleitungen zu. Diese Förderung soll
 948 Schulen eine nachhaltige Schulentwicklung ermöglichen, um ihr Profil und ihre Angebote an
 949 den Bedarfen der Schüler*innen auszurichten. Erfolgreiche Schulkonzepte, die dies geschafft
 950 haben, müssen in eine langfristige Finanzierung überführt und abgesichert werden. Wir wollen
 951 prüfen, inwiefern - ähnlich wie im Hamburger Modell - eine Zuweisung von Ressourcen an
 952 Schulen auf Basis mehrerer Indikatoren eine zielgenauere Unterstützung sicherstellt. Dazu
 953 gehört auch guter Ganzttag, der mehr ist als Betreuung. Qualitätsentwicklung im Ganzttag und
 954 die Entwicklung von Schulqualität gehören zusammen, deshalb müssen verbindliche
 955 Qualitätsstandards für den Ganzttag an allen Berliner Schulen entwickelt werden. So können
 956 gezielt soziale und kulturelle Benachteiligungen überwunden werden. Dafür wollen wir den
 957 Ganzttag sozialräumlich im Kiez verankern und Kooperationen fördern, die Segregation zwischen
 958 Schulen verringern sowie den Personalschlüssel im Ganzttag erhöhen, um ihn zu einer echten
 959 Förderung und Stärkung von Kindern und Jugendlichen weiterzuentwickeln. Darüber hinaus
 960 verstärken Hausaufgaben Chancenungleichheiten in besonderem Maße. Wir wollen deshalb darauf
 961 hinwirken, dass Lehrpläne und Unterricht so aufgebaut sind, dass Hausaufgaben wirklich nur
 962 noch zur Festigung erworbenen Wissens und zum Einüben gewisser Kompetenzen genutzt werden
 963 und von Schüler*innen sicher ohne elterliche oder andere Hilfe erledigt werden können. Es
 964 soll in allen Schulen die Möglichkeit geben, diese Hausaufgaben im Rahmen von
 965 Ganztagsangeboten zu erledigen.

966 Für viele Kinder aus finanziell schwachen Familien sind gute Ganztagsangebote auch deshalb
 967 wichtig, weil sie hier die einzige warme Mahlzeit des Tages bekommen. Es ist deshalb gut,
 968 dass wir in der letzten Wahlperiode das kostenlose Schulessen an Grundschulen eingeführt
 969 haben. Damit das Schulessen für alle Kinder und Jugendlichen bezahlbar ist, wollen wir es
 970 auch in den oberen Klassen stärker subventionieren und für ausreichend Angebote sorgen.

971 Der hohen Fluktuation von Schulsozialarbeiter*innen und Häufung von Quereinsteiger*innen an
 972 bestimmten Schulen wollen wir entgegenwirken und mit besseren Rahmenbedingungen die (Weiter-
 973)Arbeit an diesen Schulen attraktiver gestalten.

974 Kooperationen mit Kultur, Handwerk, Sportvereinen und anderen Initiativen sowie durch die
 975 Öffnung ihrer Räume für andere Nutzungen sollen Schulen sich in den Kiez öffnen. So werden
 976 sie zum Ankerpunkt vor Ort - auch für Eltern, damit Lehrer*innen und anderes pädagogisches
 977 Personal in engem Austausch mit ihnen stehen und ihre Perspektive einbinden sowie ihnen auf
 978 der anderen Seite beratend zur Seite stehen.

979 Mit dem Ziel des längeren gemeinsamen Lernens vor Augen haben wir hart dafür gearbeitet,
 980 dass mit der Neufassung des Schulgesetzes die Gemeinschaftsschule als eine der vier
 981 Regelschulen definiert wurde. Gemeinschaftsschulen sind Schulen oder Schulverbünde, an denen
 982 alle aufgenommen Kinder von der ersten bis mindestens zur zehnten Klasse gemeinsam lernen
 983 und individuell gefördert werden. Gemeinschaftsschulen bieten entweder eine eigene
 984 Oberstufen oder eine Oberstufe im Verbund an. Die Umwandlungen und Neugründungen von
 985 qualitativ hochwertigen Gemeinschaftsschulen wollen wir gezielt unterstützen, zum Beispiel
 986 mit Koordinations- und Unterstützungsstellen in der Senatsverwaltung,
 987 Qualifizierungsmaßnahmen, Beratungsangeboten, verbesserter Ausstattung und finanziellen
 988 Mitteln für den Fusionsprozess oder beim Aufbau einer Oberstufe. Es ist unser erklärtes
 989 Ziel, dass in der kommenden Legislaturperiode in allen Berliner Bezirken weitere
 990 Gemeinschaftsschulen mit klaren Qualitätskriterien entstehen. Dies können entweder neu
 991 gegründete Schulen sein oder fusionierte Grund- und Oberschulen. Dafür wollen wir mit allen
 992 Bezirken Wege finden, wie dies umgesetzt werden kann.

993 Auch an Gymnasien sind viele Lehrkräfte hoch motiviert und übernehmen Verantwortung für alle
994 Kinder. Es liegt in der Logik eines Gymnasiums, sich exklusiv an bestimmte Schüler*innen zu
995 richten und andere auszuschließen. Dieser Tatsache wollen wir begegnen und Gymnasien
996 inklusiver machen, um auch dort alle Kinder und Jugendliche gut zu fördern. Wir wissen um
997 die Belastung für Kinder durch das Probejahr und das Abschulen. Deshalb werden wir beides
998 durch andere Maßnahmen ersetzen, die die Förderung des einzelnen Kindes im Blick haben, so
999 dass alle auf dem Gymnasium bleiben können. Unser Ziel ist, dass alle Kinder, die einmal auf
1000 einem Gymnasium sind, auch dort ihren Abschluss machen. Darum sollen Gymnasien künftig nicht
1001 nur alle Schulabschlüsse anbieten, sondern alle Schüler*innen an ihrer Schule so
1002 unterstützen und fördern, dass diese ihren Abschluss machen werden. Alle Gymnasien sollen
1003 nach denselben Regeln, die auch die Integrierte Sekundarschule oder die Gemeinschaftsschulen
1004 anwenden, Kinder mit Förderbedarfen aufnehmen. Da wir damit neue Anforderungen an Gymnasien
1005 stellen, wollen wir sie auch entsprechend besser ausstatten und befähigen. Alle Berliner
1006 Gymnasien ermöglichen verpflichtend den Jugendlichen ab Klasse 9 einen betriebspraktischen
1007 Einblick in mögliche Berufs- und Bildungswege; zudem werden die Schulen für vertiefte
1008 berufsorientierende Angebote entsprechend finanziell ausreichend ausgestattet.

1009 Grüne Bildungspolitik bedeutet, sich zuerst und vor allem für ein starkes öffentliches
1010 Bildungsangebot einzusetzen. Gleichzeitig leisten auch Schulen in nichtöffentlicher
1011 Trägerschaft in Berlin einen wichtigen Beitrag. Häufig probieren diese Schulen alternative
1012 und innovative Lernformen aus. Wir wollen erfolgreiche Konzepte von nichtöffentlichen und
1013 öffentlichen Schulen sammeln und stärker verbreiten. Um den Zugang für Kinder aus Familien
1014 mit Transferleistungen zu erleichtern, werden wir diese Familien von finanziellen Beiträgen
1015 befreien. Die Finanzierung von Schulen in nichtöffentlicher Trägerschaft soll künftig
1016 stärker die Übernahme sozialer Verantwortung widerspiegeln. Die Genehmigung
1017 nichtöffentlicher Schulen ist durch das Grundgesetz klar geregelt. Wir werden darauf achten,
1018 dass die grundgesetzlichen Regelungen zum Sonderungsverbot stärker befolgt werden, damit die
1019 Heterogenität unter den Schüler*innen künftig verbessert wird. Dazu wollen wir mit Schulen
1020 in nichtöffentlicher Trägerschaft zusammenarbeiten und sie auffordern, ein Konzept für mehr
1021 soziale Diversität zu erarbeiten.

1022 Gute berufliche Bildung braucht neue Rahmenbedingungen

1023 Wir wollen berufliche Bildung gleichwertig neben der Allgemeinbildung positionieren und so
1024 durchlässige, individuelle Bildungswege eröffnen. Als Meilenstein dafür wollen wir die
1025 Trennung zwischen beruflicher und allgemeiner Bildung in allen Klassenstufen auflösen, so
1026 dass in allen Klassenstufen theoretisches und praktisches Lernen eng verzahnt werden sollen.
1027 In der nächsten Wahlperiode wollen wir in diesem Sinne einen Schulversuch starten. Der
1028 Kernbereich der beruflichen Bildung ist die duale Ausbildung. Ihre Bedeutung soll auch an
1029 den Oberstufenzentren wieder gestärkt werden.

1030 Einem Mangel an dualen Ausbildungsplätzen wirken wir entgegen. Berlin profitiert weiterhin
1031 von der geförderten Verbundausbildung, bei der mehrere Betriebe die Ausbildung gemeinsam
1032 durchführen. Für Betriebe, die einen angemessenen Ausbildungsrahmen nicht finanzieren
1033 können, sind Verbundausbildungen gute Angebote. Hierdurch werden weitere Ausbildungsplätze
1034 geschaffen. Der Fokus liegt auf kleinen und mittleren Unternehmen.

1035 Von großer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang eine gut funktionierende Lernortkooperation
1036 zwischen Berufsschule und Ausbildungsbetrieben. Angesichts der besonderen Chance, die das
1037 netzgestützte Lernen für die berufliche Bildung bietet, sollen die Möglichkeiten eines
1038 virtuellen Lernortverbundes erprobt werden. Ausbildungen sollen auch für Menschen mit Abitur
1039 attraktiver werden. Wir streben eine engere Verzahnung hochwertiger dualer Berufe mit der
1040 Hochschulbildung an. Dazu sollen mehr Leistungen aus der dualen Ausbildung für ein Studium

1041 anerkannt werden. Die Digitalisierung in der Berufsausbildung bietet eine große Chance, die
1042 Kooperation zwischen den Lernorten neu zu denken, Durchlässigkeit zu schaffen und die
1043 berufliche Bildung gegenüber der akademischen Bildung aufzuwerten. Dabei geht es auch -
1044 sowohl in der Allgemeinbildung als auch in der Berufsbildung - um ein neues Lernmanagement,
1045 eine neue Didaktik, wenn Digitales greifen soll. Digitale berufsbezogene Kompetenzen müssen
1046 an allen Lernorten übergreifend gefördert werden.

1047 Um den zahlreichen Erfordernissen an Modernisierung und Ökologisierung der Ausbildungsberufe
1048 gerecht werden zu können, werden branchenspezifische Runde Tische eingerichtet, an denen
1049 mindestens die beruflichen Schulen, Innungen und Kammern sowie die Verwaltung sowie ggf.
1050 Politik und Wissenschaft vertreten sind. Sie sollen zu krisenvorbeugenden Qualitätszyklen
1051 gerade auch im Kontext der zahlreichen Neuordnungsverfahren beitragen.

1052 Um Hürden für Menschen mit wenigen Deutschkenntnissen abzubauen, sollen Lehrkräfte
1053 ausgebildet werden, die in den Willkommensklassen der Oberstufenzentren den Unterricht in
1054 verschiedenen Sprachen anzubieten. Wir fordern ein Angebot für Auszubildende bei Bedarf
1055 während ihrer Arbeitszeit Sprachunterricht zu nehmen.

1056 Berlin muss sich wieder aktiv an Bundesinitiativen, der KMK-Gremien und an den Ländertreffen
1057 der Landesinstitute der beruflichen Bildung beteiligen. Für die vorhandenen Gelder der EU-
1058 Programme in Sachen beruflicher Bildung wollen wir eigene Berliner Programme aufstellen und
1059 in einem Programm für die Berliner OSZ bündeln.

1060 Wir werden in die Qualität des berufskundlichen Unterrichts investieren. Dazu soll im Rahmen
1061 der gebotenen grundlegenden Neuaufstellung des Fortbildungssystems in Berlin für den Bereich
1062 der Berufsbildung eine eigene Serviceeinheit aufgebaut werden. Die Rechtsform soll so
1063 gewählt sein, dass Projektmittel der EU oder sonstige Fördermittel eingeworben und verwendet
1064 werden können. Eine Verzahnung mit der Wissenschaft ist sicher zu stellen.

1065 Wir wollen die Kooperation mit der Arbeits- und mit der Wirtschaftsverwaltung stärken und
1066 deren Förderinstrumente für duale Berufe nutzen. Darüber hinaus wollen wir die vorhandene
1067 Förderung neu justieren, Schattenhaushalte analysieren und Programme modern ausrichten und
1068 aufstellen, Warteschleifen abbauen und gezielt in Berufsausbildung überführen. Wir streben
1069 einen neuen Ausbildungspakt für Berlin und die Region an.

1070 Um die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung noch stärker zu
1071 verwirklichen und durchlässige, individuelle Bildungswege zu eröffnen, wollen wir die
1072 Gleichwertigkeit dieser beiden Bildungswege auch in behördlichen Ausschreibungen stärker
1073 berücksichtigen.

1074 Kein*e Jugendliche*r soll mehr ohne Anschlussperspektive die Schule verlassen. Wir setzen
1075 uns deshalb für ein elftes Pflichtschuljahr für Schüler*innen ein, die noch keine
1076 Anschlussperspektive haben. Dieses Schuljahr wird in den Oberstufenzentren angeboten mit dem
1077 ausdrücklichen Ziel angeboten, dort einen qualifizierenden Abschluss zu erreichen, der in
1078 vorhandene Bildungsgänge überführt. Wer eine Ausbildung abbricht, soll einen Anspruch auf
1079 die Begleitung und Unterstützung des Weges durch die Jugendberufsagentur haben, bis eine
1080 neue Perspektive gefunden wurde, die den Wünschen und Fähigkeiten der Jugendlichen
1081 entspricht. Vor Abschluss einer Ausbildung sollen die Oberstufenzentren mit ihrem
1082 sozialpädagogischen Personal in Kooperation mit der Jugendberufsagentur den Jugendlichen
1083 eine Anschlussperspektive eröffnen, falls die Jugendlichen sich diese noch nicht
1084 eigenständig erschlossen haben.

1085

1086 Die Arbeit von Auszubildenden in den Betrieben und Organisationen ist ein unabdingbarer Garant
1087 für die Qualität der dualen Berufsbildung. Ihr oft ehrenamtliches Engagement in der Arbeit

1088 mit den Jugendlichen muss mehr gewürdigt und wertgeschätzt werden. Es wird zu oft als
1089 selbstverständlich hingenommen. Auszubildende sind Mentor*innen der Jugendlichen und oft
1090 Helfer*innen in schwierigen Lebensphasen der Auszubildenden. Auszubildende in der
1091 Berufsbildung müssen faire und gute Ausbildungsbedingungen in den Unternehmen vorfinden. Sie
1092 dürfen nicht als billige Arbeitskräfte ausgebeutet werden; sondern sie sollen als künftige
1093 Fachkräfte einen adäquaten Platz in der Gesellschaft finden. Sie brauchen also die
1094 Ermutigung, dass ihr Beruf, den sie gewählt haben, auf eine gesellschaftliche Anerkennung
1095 trifft.

1096 Den Kulturwandel zu nachhaltiger digitaler Bildung fördern!

1097 Wir erleben, wie Corona den Schulalltag auf den Kopf stellt. Dabei wurde vor allem deutlich,
1098 wie überfällig die Digitalwende in Berlins Schulen ist: Digitales Lernen – von zuhause aus
1099 wie im Präsenzunterricht – müsste längst Alltag sein! Deshalb wollen wir nach der Pandemie
1100 kein „back to normal“, sondern die Krise als Anlass nutzen, den digitalen Kulturwandel auch
1101 an Berliner Schulen so umzusetzen, dass er auch einen pädagogischen Nutzen bringt. Wir
1102 wollen, dass unsere Kinder gesund in der digitalen Welt aufwachsen und diese aktiv
1103 mitgestalten können. Deshalb werden wir Schulen dabei unterstützen, einfach zu
1104 nutzende, datenschutzfreundliche und pädagogisch sinnvolle Programme, Apps und Lernsoftware
1105 mit dem Unterricht zu verzahnen. Digitale Medien sind nie Selbstzweck, sondern müssen immer
1106 auf ihre pädagogische Sinnhaftigkeit hin überprüft werden. Gleichzeitig ist klar: Digitale
1107 Herausforderungen werden sich für Schüler*innen durch ihr ganzes Leben ziehen. Daher ist
1108 wichtig, dass Kinder und Jugendliche frühzeitig verstehen, wie Rechner, Netze, Speicher,
1109 Algorithmen und künstliche Intelligenz funktionieren, wie programmieren funktioniert, welche
1110 Chancen, aber auch Gefahren sowie Möglichkeiten zur Manipulation und Verfolgung durch das
1111 Internet entstehen und welche Rechte und Pflichten sie als Internetnutzer*innen haben. Es
1112 ist zentral, in der Schule neben konkret-anwendungsbezogenen Fähigkeiten (Wie nutze ich
1113 das?), auch technologische Kenntnisse (Wie funktioniert das?) sowie die gesellschaftlichen
1114 Auswirkungen von Technik (Wie wirkt das?) zu vermitteln. Auch die Fähigkeit, zwischen
1115 geprüften Informationen und Fake News im Netz zu unterscheiden ist ein essentieller
1116 Bestandteil von Digital Literacy und Medienkompetenz. Auch soziale Regeln sind Teil des
1117 digitalen Raumes, deshalb wollen wir unsere Kinder dabei unterstützen die sozialen
1118 Kompetenzen im Netz umzusetzen. Die Themen Cyber-Mobbing und digitaler Hass sowie digitale
1119 Gewalt müssen in diesem Kontext thematisiert werden. Wichtig ist, Kinder und Jugendliche
1120 brauchen ein solides Fundament an Medienkompetenz und soziale Einbettung, um sicher, gesund
1121 und selbstständig digital zu lernen. Dafür wollen wir den Informatikunterricht stärken,
1122 gleichzeitig diese Fragen aber in allen Fächern mitdenken. Außerdem wollen wir ein
1123 umfassendes und gezieltes Programm zur technischen, rechtlichen, methodischen und (fach-
1124)didaktischen Fortbildung der Lehrkräfte entwickeln, das sie jeweils auf den neuesten Stand
1125 einer sich rasch verändernden digitalen Welt bringt.

1126

1127 Wir wollen, die IT-Unterstützung durch IT-Administrator*innen an allen Schulen ausbauen.
1128 Jede Schule soll schnellstmöglich einen leistungsfähigen Glasfaser-Netzanschluss, WLAN und
1129 ein leistungsstarkes, benutzerfreundliches und pädagogisch sinnvolles Open-Source-
1130 Lernmanagementsystem erhalten, das sowohl von Pädagog*innen als auch von Schüler*innen
1131 kritisch begleitet wird.

1132

1133 Jedoch soll die Vielfalt der in Berlin genutzten Lernplattformen durchaus bestehen bleiben.
1134 Alle Lehrer*innen und Schüler*innen sollen zügig Laptops oder andere, den jeweiligen
1135 pädagogischen Ansprüchen entsprechende Endgeräte zur Verfügung gestellt bekommen, um einen
1136 gerechten Zugang für alle zu ermöglichen. Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist, dass die
1137 Gelder aus dem Digitalpakt effektiv und schnell in die digitale Ausstattung der Berliner

1138 Schulen fließen. Ein Medienportal, das wir am besten gemeinsam mit anderen Bundesländern
1139 betreiben, soll den kostenlosen und rechtlich einwandfreien Zugang zu qualitätsgeprüften,
1140 kommentierten und curricular eingeordneten elektronischen Bildungsmedien eröffnen und den
1141 Austausch der Lehrkräfte darüber ermöglichen.

1142

1143 Häufig scheitert die Digitalisierung der Schule nicht an Geld, sondern am Personal. Die IT-
1144 Expert*innen, die sich um die digitale Ausstattung der Schulen kümmern, wollen wir darum
1145 stärken, ihren Stundenumfang ausweiten und Schulen ein festes Schulentwicklungsbudget
1146 einräumen. Damit haben sie die Möglichkeit, sich gemeinsam mit allen Beteiligten mit
1147 digitalen Technologien auseinanderzusetzen und einen sinnvollen pädagogischen Umgang damit
1148 zu finden.

1149

1150 Eine neu einzurichtende, entsprechend ausgestattete Stabsstelle in der Senatsverwaltung soll
1151 die Digitalwende strategisch und organisatorisch durchführen und dabei sowohl den best
1152 practice-Austausch unter den Schulen organisieren als auch Unternehmen und
1153 Akteur*innenlandschaft aktivieren, sowie die Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte im Bereich
1154 Digitalisierung steuern. Datenschutz, digitale Teilhabe und Inklusion sowie Open-Source-
1155 Anwendungen und Offene Bildungsmaterialien (OER) sind uns dabei sehr wichtig.

1156

1157 Und es braucht mehr kritische Forschung: Wie verändert sich Bildung und Schule durch
1158 digitale Medien? Was ist gutes, gemeinsames digitales Lernen und Unterrichten? Was
1159 funktioniert in welcher Altersgruppe? Wie können pädagogischen Konzepte gelingen - analog
1160 und digital? Nur mit dieser Grundlage kann digitale Bildung der Zukunft gelingen.

1161 **4.6 Forschen und Studieren für die Zukunft - beste** 1162 **Bedingungen für unabhängige Wissenschaft in Berlin**

1163 Unabhängige Wissenschaft und Forschung schaffen Zukunft. Sie geben Antworten auf zentrale
1164 Herausforderungen unserer Stadt und helfen unsere Gesellschaft besser zu verstehen. Dafür
1165 stärken wir unsere vielfältige Berliner Wissenschaftslandschaft aus Universitäten mit
1166 Charité, Hochschulen für angewandte Wissenschaften, Kunsthochschulen, außeruniversitären und
1167 freien Forschungseinrichtungen sowie Forschungseinrichtungen der Wirtschaft und fördern den
1168 Dialog zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Öffnung zur Stadtgesellschaft
1169 wollen wir im Hochschulgesetz verankern und wissenschaftliche Bildung für alle als Teil des
1170 lebenslangen Lernens ermöglichen. Wir werden Mittel für neue Formate bereitstellen, die die
1171 Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Stadtgesellschaft fördern und Projekte wie ein
1172 zivilgesellschaftliches Forum aufbauen.

1173 Wissenschaft unabhängig und solide finanzieren

1174 Die Hochschulverträge als Finanzierungsgrundlage wollen wir fortführen, aber transparent und
1175 bedarfsgerecht unter Beteiligung der Hochschulgremien umgestalten. Der Sockelbetrag soll
1176 deutlich steigen, um Lehre und Forschung in hoher Qualität sicherzustellen. Mit einer
1177 berlinweiten Strukturplanung, welche die Diversität der Berliner Hochschullandschaft
1178 widerspiegelt, über alle Hochschultypen hinweg wollen wir Kooperationen stärken. Besonders
1179 werden wir darauf achten, den Weg zu besseren Arbeitsbedingungen fortzusetzen. Die
1180 Abhängigkeit vieler Wissenschaftler*innen, insbesondere der Promovierenden von den
1181 Professuren wollen wir aufbrechen, indem wir u.a. Begutachtung und arbeitsrechtliche
1182 Weisungsbefugnis während der Qualifizierungsphase entkoppeln. Anstelle der massiven
1183 Befristungspraxis wollen wir deutlich mehr Dauerstellen neben der Professur schaffen und den
1184 Teamcharakter moderner Wissenschaft stärken. Dabei wollen wir auch Tarifflicht verhindern

1185 und gute Bezahlung von freien Lehrbeauftragten sicherstellen. Entsprechende Ziele
1186 vereinbaren wir mit den Hochschulen und schreiben sie über die Hochschulverträge verbindlich
1187 fest. Für gute Leistungen in der Lehre entwickeln wir im Dialog mit den Hochschulen ein
1188 finanzielles Anreizsystem, um der Lehre und der Forschung gleichermaßen Rechnung zu tragen..
1189 Ergänzen wollen wir dies mit einem Transparenzregister für drittmittelfinanzierte Forschung,
1190 um Unabhängigkeit zu garantieren und ethische Ansprüche wie die Zivilklausel tatsächlich
1191 umsetzbar zu machen. Zu diesem Anspruch zählt auch, Tierversuche (im Sinne von 3R) durch
1192 Alternativmethoden weiter zu ersetzen.

1193 Selbstverwaltung als Grundprinzip

1194 Eine unabhängige und freie Hochschullandschaft erwächst aus der gleichberechtigten
1195 Selbstverwaltung von Professor*innen, wissenschaftlichen Mitarbeitenden, Studierenden und
1196 Mitarbeitenden in Technik, Verwaltung und Medizin. Wir wollen die
1197 Partizipationsmöglichkeiten aller Statusgruppen innerhalb der Hochschulen stärken und in
1198 einem modernen Hochschulgesetz festschreiben. Dabei soll auch die Erprobungsklausel
1199 wegfallen. Dafür verankern wir ein viertelparitätisches Grundordnungsgremium, das über die
1200 Zusammensetzungen und Aufgaben aller Gremien der Hochschule beschließt. Neu zu schaffende
1201 Gremienreferate unterstützen die qualifizierte Arbeit aller Gremienmitglieder. Fachbereiche
1202 und Fakultäten sollen die Möglichkeit bekommen, neue Modelle und Strukturen der
1203 fachbereichs- oder hochschulübergreifenden Zusammenarbeit zu entwickeln, für die wir
1204 demokratische Qualitätsstandards aufstellen werden.

1205 Zugang zu Hochschulen öffnen

1206 Wir finden: Egal woher du kommst oder wie viel Geld deine Eltern haben – Bildung an Berlins
1207 Hochschulen ist für alle da. Dafür werden wir neue Angebote schaffen. Wir werden Beratungen
1208 für Schüler*innen, Studierende und beruflich Qualifizierte ausbauen und den Service rund ums
1209 Studium, wie studentisches Wohnen und die Mensaversorgung, verbessern. Wir werden das Beste
1210 aus Präsenz- und digitaler Lehre fördern und Orientierungsphasen im Studium einführen sowie
1211 ein flexibles Teilzeitstudium, auch berufsbegleitend, verbindlich umsetzen. Wir kämpfen für
1212 eine Grundsicherung für Studierende und Auszubildende, die allen eine echte Wahlfreiheit für
1213 den eigenen Bildungsweg eröffnet. Deswegen muss das Bafög im Sinne des Grünen Zwei-Säulen-
1214 Modells elternunabhängig, schuldenfrei und losgelöst von der Regelstudienzeit
1215 weiterentwickelt werden. Studiengebühren und Studienkonten lehnen wir in jeder Form ab.
1216 Erfolgreiche Programme zur Gleichstellung der Geschlechter bauen wir weiter aus. Diese
1217 Strukturen müssen auf andere Diskriminierungsformen erweitert werden. Wir wollen mehrere
1218 Stellen schaffen, um verschiedene Diskriminierungsformen abzubauen. Mit neu zu schaffenden
1219 unabhängigen Antidiskriminierungsbeauftragten und Diversity-Beauftragten und der stärkeren
1220 Verankerung dieser Aufgabe in der akademischen Selbstverwaltung mit entsprechenden
1221 personellen und materiellen Ressourcen machen wir unsere Hochschulen noch vielfältiger und
1222 fit für die diverse Gesellschaft.

1223 Berliner Wissenschaftslandschaft vernetzen

1224 Die starke und vielfältige Berliner Hochschul- und Forschungslandschaft bietet
1225 Wissenschaftler*innen und Studierenden einzigartige Möglichkeiten. Neue Kooperationsformen
1226 wollen wir mit Leben füllen und weiterentwickeln. Die Hauptstadt der Gesundheitsforschung
1227 als zentrale Säule wollen wir weiter fördern und hierbei ein besonderes Augenmerk auf die
1228 Gendermedizin legen. Doch richtig zum Tragen kommt Berlins Potential erst, wenn wir die
1229 Hochschulen auch in der Lehre vermehrt zusammendenken und so Studierenden neue Möglichkeiten
1230 eröffnen, selbstbestimmt zu lernen. Wir setzen auf ein berlinweites Angebot von frei
1231 wählbaren und als Leistung anzurechnenden Lehrveranstaltungen. Das Promotionsrecht für
1232 Hochschulen für angewandte Wissenschaft soll verliehen werden, wenn diese ein entsprechendes

1233 Forschungsumfeld aufweisen, insbesondere durch vereinfachte Anrechnung von fachlichen und
1234 überfachlichen Leistungen aus anderen Studiengängen oder Hochschulen. Die Durchlässigkeit
1235 zwischen den Hochschultypen für Angewandte Wissenschaften und Universitäten wollen wir
1236 ausbauen egal ob in öffentlicher, kirchlicher oder privater Trägerschaft. Die damit
1237 einhergehende Flexibilität wollen wir nutzen, um ein für alle Biografien offenes,
1238 transparentes und durchlässiges Studium zu gestalten.

1239 Nachhaltigkeit und Digitalisierung als Zukunftsthemen

1240 Nachhaltigkeit und Digitalisierung sind zwei zentrale Zukunftsthemen. Wir denken sie
1241 zusammen – sowohl bei den Investitionen in die Gebäude als auch bei Forschung und Lehre. Wir
1242 wollen den Investitionsstau bei den Berliner Hochschulen auflösen und stellen dabei
1243 energetische Sanierung, Klimaneutralität und Digitalisierung ins Zentrum. Darüber hinaus
1244 werden wir in allen Hochschulen die Schaffung verbindlicher Nachhaltigkeitsstrategien durch
1245 die akademischen Gremien verankern. Die Innovationen der Berliner Nachhaltigkeitsforschung
1246 wollen wir mit den kreativen Potentialen der Stadtgesellschaft zusammenbringen. Dafür
1247 stärken wir den Forschungsverbund „Wissen.Wandel.Berlin“, initiieren ein
1248 Zivilgesellschaftliches Forum und entwickeln ein Berliner Förderprogramm für Sozial-
1249 ökologische Forschung. Forschungsprojekte, die ihre Ansätze und Daten transparent anderen
1250 Wissenschaftler*innen und der Gesellschaft zur Verfügung stellen, sollen sich daher im
1251 Rahmen unserer „Open Science Strategie“ ebenso wie digitale Lehr- und Lernformate positiv
1252 auf die Finanzierung der Hochschulen auswirken und landesweit durch die erforderliche
1253 Infrastruktur sowie beratendes und technisches Fachpersonal abgesichert werden. Mit einem
1254 eigenen Programm wollen wir die Digitalisierung der wissenschaftlichen Bibliotheken
1255 beschleunigen. Durch neue Kooperationen und Forschungskapazitäten an der Schnittstelle von
1256 Wissenschaft, Stadtgesellschaft und Digitalwirtschaft werden wir die
1257 Digitalisierungsforschung mit sozial-ökologischen Themen wie Klima-, Daten- und
1258 Verbraucherschutz, Gesundheit, Selbstbestimmung, gesellschaftlichem Zusammenhalt und
1259 Ressourcenverbrauch verbinden. Wo beispielsweise gegen Gender-, Queer- oder
1260 Diversityforschung gehetzt wird, treten wir für den Schutz der freien Wissenschaft ein.
1261 Zudem wollen wir Wissenschaftsbereiche wie die Plurale Ökonomik stärken, um Forschung und
1262 Lehre auf der Basis von vielfältigen Theorien zu ermöglichen. Wir wollen Hochschulen oder
1263 Forschungseinrichtungen unterstützen, die Initiativen für eine pluralere Ökonomik in Berlin
1264 ergreifen.

1265

1266

1267 Der Campus als Vorreiter für den Klimaschutz

1268 Die Wissenschaft spielt eine Schlüsselrolle im Kampf gegen die Klimakrise. Wir sind auf ihre
1269 Erkenntnisse angewiesen, um die globale Erderhitzung noch zu bremsen. Und vielerorts machen
1270 Hochschulen – oft angetrieben von Graswurzelbewegungen – ganz konkret vor, wie Klimaschutz
1271 und Nachhaltigkeit praktisch umgesetzt werden können: Von grüner Stromerzeugung auf dem Dach
1272 über nachhaltiges Bauen bis zur Versorgung mit regionalem Bioessen in den Mensen. Auf dem
1273 Campus wird gelehrt und gelernt, geforscht und entwickelt, gelebt und gearbeitet. Damit ist
1274 er das ideale Reallabor für praktischen Klimaschutz. Wir wollen Initiativen für den
1275 klimaneutralen Campus stärken und Hochschulen und Forschungseinrichtungen auf dem Weg zur
1276 Klimaneutralität stärker als bisher unterstützen.

1277 4.7 Digitale Transformation aktiv gestalten

1278 Berlin ist Hotspot der Digitalwirtschaft und Ort digitalpolitischer Debatten. Die
1279 Digitalwirtschaft mit ihren vielen Start-ups ist ein zentraler Motor der wirtschaftlichen

1280 Entwicklung und sichert Berlin als Standort mit Zukunft. Auch viele größere Unternehmen
1281 schätzen Berlin für die Forschungslandschaft und reiche Start-up-Szene, die ihnen Impulse
1282 zur Digitalisierung der eigenen Geschäftsmodelle geben.

1283

1284 Wir wollen die digitale Transformation klimafreundlich nach Maßgaben von Nachhaltigkeit,
1285 Teilhabe und wirtschaftlicher Entwicklung mitgestalten. Unser Ziel ist ein lebenswertes
1286 Berlin, das auch im digitalen Zeitalter Zugänge und Chancen für alle Berlinerinnen und
1287 Berliner sicherstellt.

1288 Spätestens seit Corona ist allen klar: Digitalisierung macht uns nicht nur innovationsstark,
1289 sie kann uns auch pandemiesicherer, krisenfester und ökologischer machen. Nirgends sonst in
1290 Deutschland gibt es so viele Start-ups, die Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen
1291 wie Klimaschutz und Energiewende entwickeln.

1292 Deswegen fördern wir seit 2016 die Digitalwirtschaft in Berlin. Wir haben zudem eine
1293 Digitalagentur gegründet, um Unternehmen bei der Digitalisierung zu unterstützen und die
1294 digitale Kluft zwischen den Hochdigitalisierten und dem Mittelfeld zu schließen. Wir
1295 erarbeiten aktuell eine neue Digitalisierungsstrategie, um die Chancen der Digitalisierung
1296 in und für die Stadt zu nutzen – für eine nachhaltige Entwicklung, mehr Teilhabe und
1297 wirtschaftliche Dynamik. Daten und KI-Anwendungen werden häufig von Männern erhoben und
1298 entwickelt, was Diskriminierungseffekte zur Folge haben kann. Wir wollen, dass
1299 Geschlechtergerechtigkeit bei der digitalen Transformation berücksichtigt wird. Dazu gehört,
1300 Aus- und Weiterbildungsangebote für digitale Kompetenzen für Frauen zu fördern und Frauen in
1301 der Digitalbranche sichtbarer machen.

1302 Die Digitalwende der Berliner Verwaltung zentral steuern

1303 Zentraler Baustein für eine erfolgreiche und effektive Digitalisierung der Verwaltung und
1304 der politischen Prozesse ist die Frage der Organisationsstruktur: Anstatt Verantwortung über
1305 mehrere Senatsverwaltungen zu verteilen, braucht Berlin – wie viele europäische Städte –
1306 eine zentrale Steuerungsstruktur mit Mandat, Ressourcen und Budgets. Sicherheit und
1307 Effizienz sind für uns die Leitprinzipien der Digitalisierung der öffentlichen
1308 Dienstleistungen. Ohne Daten- und Verbraucherschutz sowie IT-Sicherheit haben Bürger*innen
1309 und die Wirtschaft kein Vertrauen in digitale Dienste. Klare Verantwortlichkeiten, „privacy
1310 by design“, schnell reagierende Beschwerdestellen und ein*e gut ausgestattete IT-
1311 Sicherheitsbeauftragte*r sind für uns integraler Bestandteil aller Vorhaben. Gleiches gilt
1312 für die Effizienz: Mit zentralem Management der Hardware- und Softwarestrukturen und
1313 Beauftragten der Bezirke sowie der Fachbereiche – wie zum Beispiel Schulen – schaffen wir
1314 den richtigen Mix aus solider Struktur, einheitlichem Sicherheitsniveau und flexiblem
1315 Eingehen auf besondere Bedürfnisse.

1316 Als Europäische Start-up Metropole wollen wir die vorhandene digitale Kompetenz und
1317 Innovationskraft nutzen und den Wissenstransfer zwischen Stadt und Start-ups fördern. Um
1318 Berührungspunkte abzubauen sowie kulturelle und organisatorische Hindernisse zu überwinden,
1319 wollen wir den Einsatz von Technologie-Scouts als Schnittstelle zwischen Start-ups und
1320 Verwaltung prüfen. Sie sollen zielgerichtet bei der Entwicklung von Pilotprojekten und
1321 Vergabeprozessen unterstützen.

1322

1323 Mit CityLAB und InfraLab haben wir zudem Räume geschaffen, in denen Verwaltung und Berlins
1324 landeseigene Unternehmen Innovationen entwickeln. Im InfraLab bringen Landesunternehmen
1325 Nachhaltigkeit und digitale Vernetzung zusammen und setzen erste Smart-City-Projekte um.
1326 Essentiell ist es auch, im Bereich OpenSource-Coding und IT-Beratung eigene zentrale

1327 Kompetenzen des Landes Berlin aufzubauen, um passgenaue Lösungen zu bekommen, und nicht von
1328 teuren Berater*innen abhängig zu sein.

1329 Leistungsstarkes Breitband und freies WLAN jetzt

1330 Mit Corona, Homeoffice und Homeschooling wurde einmal mehr deutlich, wie dringend Berlin
1331 flächendeckend ein schnelles Glasfasernetz braucht – und zwar noch bevor 2025 der Breitband-
1332 Rechtsanspruch greift. Der heutige Standard mag für private Nutzer*innen meistens reichen,
1333 für Schulen und die Digitalwirtschaft allerdings nicht. Wir wollen nicht auf den lahmenden
1334 Ausbau durch den Bund warten und haben im Breitband-Kompetenz-Team alle Akteur*innen
1335 vernetzt. Wir treiben den Ausbau durch Telekommunikationsanbieter*innen voran. Wenn in
1336 Sachen Wasser, Gas, Strom, Wärme, Telekommunikation oder Schienenausbau in die Tiefe gebaut
1337 wird, dann wird auch Glasfaser verlegt – das haben wir verabredet, um dem Ziel „Glasfaser-
1338 Hauptstadt“ näher zu kommen. Wir werden prüfen, ob mit einem landeseigenen Unternehmen der
1339 Ausbau des Glasfasernetzes schneller vorankommen kann.

1340 Wir wollen ein kostenloses, frei zugängliches WLAN für ganz Berlin – in Rathäusern, auf
1341 Bahnhöfen, in Bussen und Bahnen oder öffentlichen Einrichtungen wie Bibliotheken und Museen.

1342 Open Data

1343 Daten sind Grundlage und Gestaltungsmittel der digitalen Transformation. Voraussetzungen für
1344 eine effektive Nutzung von Daten sind gemeinsame Strukturen und Plattformen, Standards und
1345 gut definierte Schnittstellen (Datenplattformen) sowie Richtlinien für den
1346 verantwortungsvollen Umgang mit Daten (Daten-Governance).

1347 Berlin hat eine verbindliche Open-Data-Strategie, die von den Verwaltungen allerdings noch
1348 mit mehr Leben gefüllt werden muss. Daten sind wichtig als Forschungsgrundlage und als
1349 Antrieb der Wirtschaft und Wissenschaft im digitalen Zeitalter. Open Data ist aber nicht nur
1350 wirtschaftlicher Standortfaktor, sondern ein wichtiger Teil der Informationsfreiheit. In
1351 einer Gesellschaft, deren Zusammenleben von digitalen Infrastrukturen geprägt ist, stellen
1352 Daten eine zentrale Komponente dar. Wir wollen offene Daten als Prinzip verankern, um die
1353 Gesellschaft auch auf diesem Weg einer demokratischen und zivilgesellschaftlichen Gestaltung
1354 zugänglich zu machen.

1355

1356 Sie können dabei helfen, die Stadt besser zu verstehen, neue Dienste für Bürger*innen zu
1357 entwickeln und Geschäftsideen zu initiieren. Wir wollen dazu in allen Verwaltungen
1358 Datenlots*innen etablieren, die im Bereich Datenmanagement, Datennutzung und Open Data
1359 fortgebildet werden, und dass so das Wissen über zeitgemäßes Datenmanagement in allen Teilen
1360 der Verwaltung ausgebaut wird. Wir sind überzeugt: Offene Daten und mehr einheitliche
1361 Transparenz auf einer Plattform führen zu mehr wirtschaftlichem Nutzen und kreativen
1362 Lösungen für Alltagsprobleme der Stadt. Wir unterstützen ein Berliner Transparenzgesetz.
1363 Dort, wo es sich nicht um personenbezogene Daten handelt bzw. wo diese entsprechend
1364 anonymisiert und aggregiert werden können, fordern wir Daten „open-by-default“ Außerdem
1365 müssen wirtschaftliche Anreizmechanismen zur Datenteilung geschaffen werden. Ziel ist, alle
1366 nicht-personenbezogenen bzw. anonymisierbaren Daten, die in der Berliner Verwaltung
1367 vorhanden sind oder von der Zivilgesellschaft freiwillig geteilt werden, im Berliner Open
1368 Data Portal maschinenlesbar zur Verfügung zu stellen.

1369

1370 Public Money, public Code: Zugang und Transparenz stärken

1371 Alle Ergebnisse aus öffentlich geförderten Forschungsprojekten an Berliner
1372 Forschungseinrichtungen sollen der öffentlich zugänglich machen.

1373 Getreu dem Motto “Public Money for Public Code” arbeiten wir darauf hin, dass alle vom Land
1374 Berlin in Auftrag gegebenen Softwareprojekte als Open Source für andere Organisationen und

1375 alle Bürger*innen einsehbar sind. Das langfristige Ziel ist, dass alle öffentlichen
1376 Einrichtungen in Berlin open source Software nutzen.

1377 Datenschutzberatung, Datenschutzfolgenabschätzung und IT-Sicherheit als Chance

1378 Datenschutz bedingt Datensicherheit, welche wiederum hohe IT-Sicherheits-Standards
1379 voraussetzt. Deshalb wollen wir diese Themen ganzheitlich und konzeptionell angehen und
1380 setzen konsequent auf die Kombination aus Untersuchungen, Sensibilisierung,
1381 Wissensvermittlung, aktiver Beratung und rechtlichen Rahmenbedingungen. Dies richtet sich
1382 gleichermaßen an die Berliner Verwaltung, Wirtschaft und Bürger*innen. Konkret heißt das
1383 unter anderem:

1384 Wir wollen bei der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit eine
1385 Servicestelle "Datenschutzberatung" schaffen, welche einerseits die Verwaltung, aber auch
1386 Selbstständige, Kleinunternehmer*innen und Einzelpersonen als Ansprechpartner*in beim Thema
1387 Rechte und Pflichten der Datenschutzbestimmungen beratend zur Seite steht. Für uns ist beim
1388 Datenschutz der Grundsatz der Datenminimierung essentiell. Zudem wollen wir in der Berliner
1389 Verwaltung die Grundsätze privacy by design and default stärker umsetzen, damit schon durch
1390 die Datenverarbeitungstechnologie ein effektiver Datenschutz sichergestellt wird.

1391 Wir wollen die Erkenntnisse aus 100 Datenschutzfolgenabschätzungen (DSFA) aus allen
1392 Senatsverwaltungen im Rahmen eines Pilotprojekts öffentlich zugänglich machen. Dadurch
1393 schaffen wir Transparenz und sorgen für Vertrauen, auch, dass die Sicherheit der Systeme
1394 dadurch nicht beeinträchtigt wird. Damit legen wir den Grundstein, um später alle DSFA
1395 öffentlich zugänglich zu machen und mit Expert*innen und (potenziell) Betroffenen aus der
1396 gesamten Gesellschaft den Datenschutz in der Verwaltung zu optimieren und neue Ideen für
1397 einen besseren Datenschutz zu entwickeln.

1398 Wir wollen eine zentrale IT-Sicherheitsstrategie für das Land Berlin erarbeiten, welche die
1399 Gefahren für Bürger*innen, Verwaltung, Wirtschaft und Infrastruktur durch steigende
1400 Cyberkriminalität gleichermaßen berücksichtigt. Dazu gehört auch der Aufbau eines neuen IT-
1401 Kompetenzzentrums als Informations-, Kooperations- und Koordinationsplattform und die
1402 Weiterentwicklung des/der Landesbeauftragten für Informationssicherheit bei der IKT-
1403 Steuerung und des Computer Emergency Response Team (CERT) beim ITDZ Berlin zu einer
1404 unabhängigen Stelle für IT-Sicherheit.

1405

1406 Wir wollen die Förderung diskriminierungsfreier algorithmischer Entscheidungssysteme (ADM)
1407 und KI-Technologien in der Berliner Digitalstrategie verankern. Ein Gremium aus Expert*innen
1408 soll Qualitätsstandards definieren, die ADM und KI auf ihre Diskriminierungsfreiheit hin
1409 bewertbar machen, Forschungsvorhaben und Start-Ups, die entsprechende Schwerpunkte haben,
1410 sollen besonders gefördert werden können. So machen wir Berlin zum Hotspot für demokratisch
1411 vorbildliche KI.

1412 Jetzt ganz konkret: Bündnisgrüne Projekte für die Zukunft Berlins

1413 1. Berlin wird Zentrum der Elektromobilität

1414 Wir wollen Berlin zum Vorreiter der Elektromobilität machen – sowohl privat als auch im
1415 Wirtschaftsverkehr. Damit Menschen klimafreundliche Elektromobilität auch nutzen, braucht es
1416 eine flächendeckende Infrastruktur. Wir wollen deshalb bis 2022 über 2.000 zusätzliche
1417 Ladepunkte in der Stadt aufstellen. Wir fördern die Elektrifizierung der sogenannten letzten
1418 Meile im Wirtschaftsverkehr über lokale Hubs bis zur Haus- oder Ladentür und wollen den
1419 Ausbau von Elektroanlegern für Binnen- und Fahrgastschiffe voranbringen.

1420 2. Klimafreundliche Landesunternehmen

1421 Die landeseigenen Unternehmen sichern für die Berliner*innen ganz wesentliche Bereiche der
1422 Grundversorgung: beim Wasser, bei der Stadtreinigung oder dem öffentlichen Nahverkehr. Wir
1423 wollen stabile Preise für die Berliner*innen sichern und die Investitionsfähigkeit der
1424 Unternehmen erhöhen, zugleich sind diese Unternehmen Vorbilder für gute Arbeit und Equal Pay
1425 in Berlin. Die Landesunternehmen sollen als Vorbilder des ressourcenschonenden und
1426 klimafreundlichen Wirtschaftens voranschreiten. Um dies sicherzustellen, wollen wir
1427 Klimafreundlichkeit und Kreislaufwirtschaft in jährlichen Zielvereinbarungen mit konkreten
1428 Zielmarken verbindlich festhalten. Bis 2022 brauchen alle Berliner Landesunternehmen einen
1429 Fahrplan für die Klimaneutralität. Zudem wollen wir verbindliche Quoten für
1430 Kreislaufwirtschaft, den Ausbau der Solarenergie und Holzbau beim Neubau unserer
1431 landeseigenen Wohnungsunternehmen vereinbaren.

1432 3. „Berliner Chancen-Programm“ – Perspektiven für Langzeitarbeitslose

1433 Langzeitarbeitslose brauchen eine Perspektive, wir geben sie ihnen mit dem „Berliner
1434 Chancen-Programm“. Wir werden die bestehenden Angebote zusammenfassen – die Möglichkeiten
1435 aus dem Teilhabechancengesetz des Bundes, die Mittel aus dem europäischen Sozialfonds und
1436 die Mittel aus dem derzeitigen Landesförderprogramm, über das ca. 1.000 Stellen gefördert
1437 werden. Wir machen Schluss mit dem komplizierten Nebeneinander und stocken das
1438 Landesprogramm auf. Ziel ist, einen substantiellen öffentlich geförderten
1439 Beschäftigungssektor aufzubauen, aber auch dafür Sorge zu tragen, dass Unternehmen des
1440 ersten Arbeitsmarkts zu ihrer sozialen Verantwortung stehen.

1441 4. Digitalisierung in Schulen vorantreiben

1442 Schon vor Corona war klar: Digitales Lernen an Berlins Schulen zu integrieren, ist
1443 überfällig.
1444 Dafür brauchen sie nicht nur die nötige technische Ausstattung, zu der Glasfaseranschluss,
1445 funktionierendes WLAN, Endgeräte für Schüler*innen und Lehrkräfte sowie eine funktionierende
1446 Lernplattform gehören, sondern auch nachhaltige und pädagogisch sinnvolle Konzepte für die
1447 Digitalisierung, abgestimmt auf die Bedarfe vor Ort. Damit es schnell geht, soll das Land
1448 Berlin mit Hilfe eines landeseigenen Unternehmens den Netzausbau selbst vorantreiben. Eine
1449 neu einzurichtende Stabsstelle in der Bildungsverwaltung soll die organisatorische und
1450 strategische Steuerung der Digitalwende in Berlins Schulen übernehmen. Digitales Lernen und
1451 Lehren soll in den Unterricht systematisch integriert werden, damit Schüler*innen nicht nur
1452 den selbstständigen Umgang mit digitalen Tools und eigenständiges und zeitgemäßes Lernen
1453 einüben, sondern insgesamt fit gemacht werden für ein selbstbestimmtes Leben und Arbeiten in
1454 der digitalisierten Welt. Hierbei ist wichtig, dass alle Kinder ein kritisches Verständnis
1455 für die digitale (Daten-)Welt entwickeln, in der sie sich bewegen. Dafür brauchen wir
1456 pädagogische Konzepte, die Chancen und Risiken der Digitalisierung thematisieren und
1457 Schüler*innen zu digitaler Mündigkeit führen. Dafür bilden wir mehr Informatik-Lehrer*innen
1458 aus und fördern Data Literacy und die kritische Auseinandersetzung aller Lehrer*innen mit
1459 den Mechanismen und Logiken digitaler Bildungsmedien. Der digitale Kulturwandel in den
1460 Schulen, der "analoges" Lernen nicht überflüssig machen, aber zu veränderten Inhalten und
1461 Arbeitsformen führen wird, trägt damit einen entscheidenden Teil dazu bei, den Auftrag des
1462 Schulgesetzes, Kinder zu mündigen Bürger*innen zu erziehen, zu erfüllen.

1463 5. Wissenschaft für alle - Hochschulen und Studium sozial öffnen!

1464 Egal woher du kommst oder wie viel Geld deine Eltern haben, wissenschaftliche Bildung muss
1465 in einer Gesellschaft mit unterschiedlichen Startchancen unabhängig vom Elternhaus und dem
1466 sozialen Hintergrund allen offen stehen. Dafür werden wir neue Angebote schaffen. Wir werden
1467 Beratungen für Schüler*innen, Studierende und beruflich Qualifizierte ausbauen, und den
1468 Service rund ums Studium, wie studentisches Wohnen und Mensaversorgung, verbessern. Wir

1469 werden das Beste aus Präsenz- und digitaler Lehre fördern und Orientierungsphasen einführen,
1470 sowie flexibles Teilzeitstudium, auch berufsbegleitend, verbindlich umsetzen. Wir kämpfen
1471 für eine Grundsicherung für Studierende und Auszubildende, die allen eine echte Wahlfreiheit
1472 für den eigenen Bildungsweg eröffnet.